ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

:antifaschistische nachrichten Nr. 13
g 3336 28.6.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Köln-Ehrenfeld am 16. Juni 2007

www.arbeiterfotografie.com

Von der Liste gestrichen

BREMERHAVEN. Bei der letzten Wahl hatte die rechte Wählervereinigung „Bürger in Wut" (BiW) nur knapp den Einzug in den Bremer Senat verpasst. Nun wurde ihr auch noch eine ihrer drei Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven von der Liste gestrichen. Abgeordnete Jutta Laue und Vorsitzender Jan Timke wurden vom zuständigen Ortsamt rückwirkend von der Kandidatenliste gestrichen. Das Amt wirft ihnen vor, ihren ersten Wohnsitz nicht in Bremerhaven zu haben, wie es das Wahlgesetz fordert. Timke kündigte nun an, eine einstweilige Verfügung zu beantragen, damit Laue am 5. Juli an der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen kann. *hma* ■

Wieder im Hausarrest

Italien/Rom. Nach zahlreichen Protesten aus der Bevölkerung hat die italienische Justiz den Hausarrest gegen den ehemaligen SS-Offizier Erich Priebke wieder in Kraft gesetzt. Ein Militärrichter hatte zuvor entschieden, dass der wegen NS-Verbrechen zu lebenslanger Haft Verurteilte das Recht habe, jeden Tag in das Büro seines Anwaltes gehen zu können. Daraufhin hatte es Protestaktionen vor Priebkes Haus und vor der Kanzlei seines Anwaltes, Paolo Giachini, gegeben. *hma* ■

Inhalt:

Marine Le Pen holt fast 42 % 7
G8-Gipfel: Resümee des Komitees für Grundrechte 9

Trotz internationaler Unterstützung:

Pro Köln bot ein schwaches Bild

Pro Köln hat offenbar wenig Glück: Knapp drei Wochen nach dem politischen Debakel der Bürgeranhörung über den Neubau der Moschee (siehe AN 12-07) war auch der von ihr organisierte Schweigemarsch durch Ehrenfeld, trotz teilweise prominenter Unterstützung aus Belgien und Österreich für die Rechten kein Erfolg. Nur zwischen 150 und 200 Teilnehmer(innen), wenige davon aus Ehrenfeld, zogen am Vormittag des 16. Juni über die Vogelsanger Straße.

Augenzeugen berichten, ein Teil der Teilnehmer(innen) stammte aus den Reihen der NPD. Anziehungskraft übte der Aufruf der Kölner „Bürgerbewegung" offenbar auch auf das militante Spektrum aus: Nach Polizeiangaben fast 200 „autonome Nationalisten" aus dem Ruhrgebiet waren der Einladung von Manfred Rouhs & Co. gefolgt. Unbeachtet ließen sie allerdings die Bitte der Organisator(innen), doch möglichst in ziviler Aufmachung zu erscheinen, da es sich um eine Demonstration einer Bürgerinitiative handele. Einheitlich schwarz verkleidet pöbelten sie bereits bei der Ankunft antisemitisch herum – ihr Aufmarsch wurde deshalb sofort von der Polizei aufgelöst; die Nazis erhielten Platzverweise. Das hinderte sie nicht daran, randalierend in Richtung Innenstadt zu ziehen, was eine ganze Reihe Festnahmen zur Folge hatte. Pro Köln wurde die eigens herbeigerufenen Geister nicht los und dürfte sich für diesen Bärendienst bedanken.

Besser klappte die Mobilisierung bei den demokratischen Kräften, die rechter Hetze entgegen treten wollten. Zwar löste sich die Demonstration antifaschistischer Gruppen, die unter dem Motto „Den rassistischen Konsens durchbrechen – Wegsehen war schon immer Scheiße!" vom Hans-Böckler-Platz losgezogen war und der sich die Teilnehmer(innen) einer Kundgebung von Schülern und Studenten angeschlossen hatten, bereits nach kurzer Zeit wegen der polizeilichen Restriktionen auf, aber es gelang einigen Antifaschist(inn)en trotz aller Polizeisperren dennoch, an den Demonstrationsweg von pro Köln zu gelangen und ihren Missmut deutlich zu artikulieren.

Auch das Zusammentreffen von Lebensmitteln wie Tomaten und Mehl mit einigen der Rechten konnte von der überreich vertretenen Polizei, u.a. war ein Hubschrauber im Dauereinsatz, nicht verhindert werden. Nach Presseangaben erreichten nur wenige Rassist(inn)en den Ort ihrer Abschlusskundgebung an der Herbrandtstraße.

Auf dem Neptunplatz, auf dem eine von Bezirksbürgermeister Josef Wirges und DGB-Chef Wolfgang Uellenberg-van-Dawen initiierte Kundgebung stattfand, zu der ein breites Bündnis aufgerufen hatte, versammelten sich ab 11 Uhr

weiter Seite 3

Landesparteitag der Deutschen Partei – BaWü in Stuttgart

In Stuttgart fand am 20. Mai 2007 der Landesparteitag der „Deutschen Partei" (DP) statt, mit Beteiligung von DP-Funktionären aus Bayern. Die DP, die laut Verfassungsschutz bundesweit 1000 Mitglieder hat, gibt sich nach außen deutschnational und rechtskonservativ, gliedert sich aber auch in die „Volksfront von Rechts" mit den neofaschistischen Parteien DVU und NPD ein. Zum neuen Landesvorsitzenden der DP in Baden-Württemberg wurde laut DP-Homepage Johannes Schwefel gewählt. Stellvertretende Landesvorsitzende wurden Ulrich Woyte und Hannelore Schmid. Landesschatzmeisterin wurde Emma Woyte, Landesschriftführer Marius Frosch (Ex Christliche Mitte Landesgeschäftsführer, Heimattreue Jugend, Witikobund), Landesjugendbeauftragter Christian Elser (Katholische Pfadfinderschaft Europas) und Beisitzer wurden Gernot Hegenbart, Ex-REP Kreisvize in Stuttgart, Frank Demmig und Ekkehard Etz. Nach dem Bericht der DP sind der Auf- und Ausbau weiterer Kreis- und Bezirksverbände, sowie die Teilnahme der DP an den Kommunalwahlen im Jahr 2009 geplant. Bei Kommunalwahlen gilt nicht die 5%-Sperrklausel und es gibt eine geringe Wahlbeteiligung, wodurch auch rechte Kleinstparteien eine größere Chance haben, Mandate zu erringen.

infoladen ludwigsburg
infoladen.lb@gmx.de ■

Gesinnungsgenossen fusionierten

In der ersten Ausgabe 2007 von „Das Freie Forum", dem Quartalsblättchen der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) wird berichtet, dass die „Deutsche Studiengemeinschaft" (DSG) mit der GfP fusioniert hat. Die DSG soll laut dem Bericht bereits Ende 2006 der „größten rechtsextremen Kulturgemeinschaft" (O-Ton Verfassungsschutz) als Arbeitsgemeinschaft beigetreten sein. Die Homepage der DSG (www.dsg-studiengemeinschaft.de) ist derzeit nicht erreichbar.

TL ■

„Kameradschaftsbund Hochfranken" verteilt „Nationale Schulhof-CD"

WUNSIEDEL. Der rechtsextreme „Kameradschaftsbund Hochfranken" hat an mehreren Schulen im oberfränkischen Wunsiedel Propagandamaterial verteilt. So sei den Schülern eine so genannte Nationale Schulhof-CD angeboten worden, teilte die Leiterin der bayerischen Projektstelle gegen Rechtsextremismus, Simone Richter mit. Mit der Aktion lehne sich die Kameradschaft an die Strategie der NPD an. Die CD wurde Richter zufolge an der Realschule, Hauptschule und der Grundschule verteilt. An den Laternenpfosten vor dem Gymnasium seien Aufkleber angebracht worden, die auf die CD hinweisen und eine Internetseite zum Download angeben. Auch in der Umgebung der Wirtschaftsschule seien Flyer mit Hinweis auf die CD an Schüler verteilt worden. Einige Schulen kündigten nun Aktionen gegen Rechtsextremismus an. So wolle etwa die Hauptschule noch in dieser Woche eine Schredder-Aktion für die noch vorhandenen Propaganda-CDs veranlassen, sagte Richter.

Seit 2001 war Wunsiedel vier Mal in Folge das Ziel von Neonazis beim so genannten Heß-Gedenkmarsch. 2005 und 2006 waren die Aufmärsche jedoch gerichtlich verboten worden. Der 1987 gestorbene Hitler-Stellvertreter und verurteilte Kriegsverbrecher Rudolf Heß ist in Wunsiedel begraben. Laut bayerischem Verfassungsschutzbericht 2006 gehört der „Kameradschaftsbund Hochfranken" zu den aktivsten Neonazi-Gruppierungen in Nordbayern.

Quelle: http://www.pr-inside.com ■

AntifaschistInnen verweigern Bußgeld für Polizeikessel

HALBE. Als am 3. März 2007 zum wiederholten Male Neonazis zum Waldfriedhof in Halbe marschieren wollten, stellten sich einige hundert Menschen auf die Straße um den Aufmarsch zu verhindern. Die Polizei räumte dem Nazi-Aufmarsch den Weg frei, wobei auch DemonstrantInnen verletzt wurden. Anschließend nahmen die Beamten von 70 Menschen die Personalien auf.

Nun sollen alle Betroffenen ein Bußgeld in Höhe von 124 Euro bezahlen. Ihnen wird eine sogenannte „Ordnungswidrigkeit" vorgeworfen, da sie „sich trotz Auflösung (..) durch die (..) Behörde nicht unverzüglich vom Versammlungsort entfernten."

Viele von ihnen wehren sich nun dagegen, dass die häufig eingeforderte Zivilcourage gegen Rechts mit Bußgeldverfahren und Verletzungen „bezahlt" werden muss. In der Zwischenzeit haben zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen die Erklärung „Naziaufmärsche zu blockieren ist unser Recht – Bezahlt wird nicht" mit ihrer Unterschrift unterstützt.

In einer gemeinsamen Einlassung zu den Bußgeldbescheiden erklären die Opfer des Polizeieinsatzes, dass sie die Rechts- und Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Vorgehens bezweifeln. Sie weisen zudem darauf hin, dass die Identitäts-

weiter auf Seite 4

Mit Moscheebau-Gegnern solidarisch

BERGISCH-GLADBACH/KÖLN. Publizistische Unterstützung erhalten die Gegner des Moschee-Neubaus in Köln-Ehrenfeld nicht nur durch einschlägig rechte Zeitungen und Zeitschriften. Auch der Weblog „politically incorrect" (pi) mit Sitz im benachbarten Bergisch-Gladbach hat sich auf die Seite von Marylin Anderegg, der Sprecherin der Ehrenfelder „Anwohnerinitiative" gegen den Moschee-Neubau und zugleich Funktionärin der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln" geschlagen.

„Danke, Marylin!" heißt es dort nach dem Aufmarsch der „pro Köln"-Leute am 16. Juni, der von belgischen Rassisten und führenden Funktionären der österreichischen Rechtspartei „FPÖ" unterstützt wurde. Die „überwiegend islamkritischen pi-Leser zeigen sich beeindruckt von der unermüdlichen Arbeit der Kölner Moscheegegner", heißt es dort. Natürlich darf sich die „pro Köln"-Funktionärin im pi-Weblog auch für die vielen freundlichen Zusprüche bedanken. Nach eigenen Angaben greifen täglich über 27.000 Menschen auf den Weblog zu, der sich als „proamerikanisch" und „proisraelisch" bezeichnet und „gegen die Islamisierung Deutschlands" eintritt.

Gegründet wurde die Internetpräsenz von dem von Köln nach Bergisch-Gladbach verzogenen Sportlehrer Stefan Herre. Gemeinsam mit der Weblog-Redakteurin Dr. Beate Klein aus Berlin findet man Herre aber auch in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" wieder. So veröffentlichten sie dort im vergangenen Jahr einen Beitrag für die Rubrik „Pro & Contra". Herre selbst verfasste seit 2005 zahlreiche Leserbriefe an die „Junge Freiheit" und das „Ostpreußenblatt".

Vertreten war der pi-Weblog auch jüngst bei einem Treffen des „Bundesverband der Bürgerbewegungen" in Wertheim. Die Vertreter zahlreicher Bürgerinitiativen gegen lokale Moscheebauprojekte lauschten dort einer Rede des Publizisten Udo Ulfkotte über eine mögliche „islamkritische" Parteigründung. Zum Abschluss der Tagung wurde ein „Wertheimer Appell" beschlossen, in dem die Politiker dazu aufgerufen werden, zu überprüfen, ob die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit überhaupt auf den Islam anwendbar sei. Ein EU-Beitritt der Türkei wird in dem Appell ebenso abgelehnt wie der Bau von Minaretten. Diese seien ein „Ausdruck des politischen Islam" und daher abzulehnen.

abk ■

Fortsetzung von Seite1

ca. 600 Teilnehmer(innen), um ihren Protest gegen Rassismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Nachdem sie einen wahren Redemarathon, nur aufgelockert durch Musik von den Magic Street Voices und türkische Volkstänze, sowie einen heftigen Regenschauer über sich ergehen lassen hatten, demonstrierten sie zu einer Abschlusskundgebung am Mahnmal an der Bartholomäus-Schink-Straße, wo u.a. der ehemalige Edelweißpirat Jean Jülich sprach.

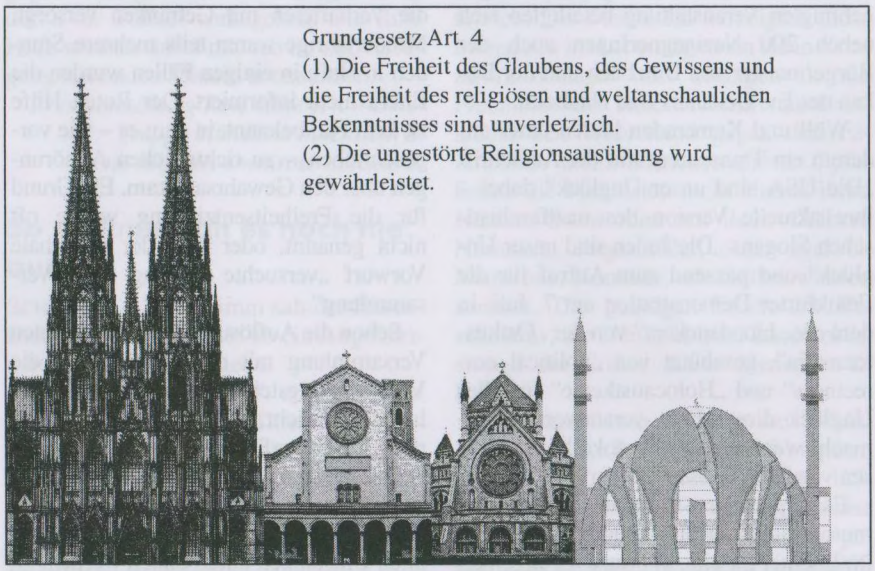
Kuriosität am Rande: Der Kölner Autor Ralph Giordano, der mit seinen massiven, einen Kulturkampf provozierenden Auftritten gegen den geplanten Neubau der Moschee und die in Deutschland lebenden gläubigen Muslime nicht wenig Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten geleitet hatte, beschwerte sich, dass diese seine Worte „Es gibt kein Grundrecht auf den Bau einer Großmoschee" als Fronttransparent mit sich führten. Ist ihm denn nicht bewusst, dass es in einer solchen Frage keine unschuldigen Stellungnahmen geben kann? Wer sich in der konkreten Situation gegen den Neubau des muslimischen Gotteshauses ausspricht, noch dazu mit platt antiislamischen „Argumenten", die die Grenze der Beleidigung weit überschreiten, darf sich nicht wundern, wenn seine Worte von Rouhs und Konsorten benutzt werden.

Ähnlich naiv, wenn man denn an Naivität glauben will, war nur noch eine Frau Over aus Köln-Nippes, über die der Kölner Stadt-Anzeiger in seiner Montagsausgabe berichtete: Sie wollte zwar gegen den Moscheebau demonstrieren und wurde daraufhin von Demonstranten als Nazi beschimpft, konnte sich das aber beim besten Willen nicht erklären. Mit pro Köln wolle sie schließlich nichts zu tun haben – nur mit den rechten Ausländerfeinden gemeinsam demonstrieren.

Fronttransparent der Pro Köln-Demo: links Manfred Rouhs, rechts die Vorsitzende der Bürgerinitiative Marylin Anderegg

Alles in allem kann man nach den Aktionen am 16. Juni in Ehrenfeld den Schluss ziehen, dass es sich immer noch lohnt, gegen rechte Aufmärsche die Öffentlichkeit mobil zu machen.

In Zukunft sollte allerdings von allen Beteiligten darauf geachtet werden, die vorhandenen Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen. Sich gegeneinander abzugrenzen, nutzt in einer Situation, in der es gilt zusammen zu stehen, nur dem gemeinsamen Gegner. *tri* ■



Der DGB Region Köln hat diese Postkarte herausgegeben, die sich den Oberbürgermeister richtet und ihn auffordert, sich klar ür den Moscheebau einzusetzen

Rechte Kommentare zur Demo:

Timo Pradel, Landes-Org.-Leiter der NPD-NRW ist sauer: Mit der Demonstration am 16.6. sei es Pro Köln nicht wirklich darum gegangen, „Islamisierung und Überfremdung entgegenzutreten".Anbiederung an die CDU wäre der „selbst ernannten Bürgerbewegung" lieber als die Unterstützung der nationalen Opposition. Dabei erinnert Pradel daran, dass es mal andere Zeiten gab: „Die Doppeldemonstration von Pro Köln am 15.3.2003 in Köln-Chorweiler und Köln-Mülheim gegen den Moscheebau wäre ohne die organisatorische, logistische und personelle Unterstützung durch NPD-NRW und freie Kräfte nicht möglich gewesen." schreibt er auf der NPD-NRW Homepage. „Dies hinderte Pro Köln im nachhinein jedoch nicht daran, die Demonstrationsteilnehmer allesamt zu Pro Köln-Anhängern zu stempeln..." Die Taktik der Bürgerbewegung sei klar: „NPD und freie Kräfte sollen vor den Pro Köln-Karren gespannt werden und sollen sich gefälligst mit der Statistenrolle begnügen, während Pro Köln die politischen Früchte erntet." Markus Beisicht habe sogar „einen Zusammenhang zwischen der NPD-NRW und dem Inlandsgeheimdienst ‚Verfassungsschutz' konstruiert." Die NPD habe mit ihrem Aufruf, sich am 16. Juni an der Demo zu beteiligen, lediglich das Thema der Demonstration unterstützt und darauf hingewiesen, dass es sich bei Pro Köln um keine „befreundete Organisation" handele.

Das Aktionsbüro Westdeutschland drückt es noch etwas krasser aus: „Die selbsternannte Bürgerbewegung Pro Köln ist eine reaktionäre, populistische, philosemitische und absolut spießbürgerliche Partei" heißt es dort. Man sei aber mit ihnen der Meinung, dass in Ehrenfeld keine Großmoschee gebaut werden solle und deshalb nach Köln gekommen. Schon am Ehrenfelder Bahnhof von der Polizei gekesselt, seien verschiedene Versuche von Spontandemonstrationen niedergeknüppelt worden, „Kameraden hätten stundenlang in Sammelgewahrsam gesessen, andere hätten Platzverweise bekommen. „Keiner von den 200 Nationalisten konnte letztendlich an der Pro-Köln-Demonstration teilnehmen" heißt es, um gleich die Frage zu stellen: Warum nicht? Hier teile man die Vermutung der NPD-NRW, dass Pro Köln Absprachen mit der Polizei getroffen habe. „Die Einkesselung von 200 Demoteilnehmern und die Festnahme mehrerer dutzend Moscheebaugegner war Pro Köln auf ihrer Weltnetzseite keine Erwähnung wert" wird abschließend moniert, aber Pro Köln solle nicht glauben, sie hätten das Thema für sich allein gepachtet.

FPÖ-Chef Strache muss auf einer anderen Veranstaltung gewesen sein als der in Köln, denn die Meldung auf der FPÖ-Internetseite verblüfft dann doch: „Schlichtweg sensationell" sei das Echo auf Straches Teilnahme gewesen, er sei nicht nur von den Demonstrationsteilnehmern herzlich empfangen worden (das mag ja noch so gewesen sein, schließlich waren das im Wesentlichen Gesinnungsgenossinnen) aber auch von den Bürgern in Köln positiv angesprochen worden. „Die Politik der FPÖ erlebt offensichtlich nicht nur in Österreich einen Höhenflug, sondern wird mittlerweile auch international positiv registriert und als Hoffnungsanker gesehen..."

Da kommt der Artikel in der „Jungen Freiheit" der Sache schon näher, die von kurzfristigen Blockaden berichtet, dass Eier und Mehl flogen, die „Nazis raus"- Rufe den von klassischer Musik untermalten „Schweigemarsch" begleiteten. Diejenigen Bürger, die auch gegen die Moschee sind, seien lieber zu Hause geblieben aus Angst vor diesem Szenario (JF 26-07) ■

feststellungen willkürlich erfolgten und nicht im Zusammenhang mit der Aktion standen. Unter Verweis auf die großen, von breiten Bündnissen getragenen Blockaden im November 2005 und 2006 bestehen sie auf ihrem Recht, gegen die Heldenverehrung der Nazis zu protestieren.

Aus diesen Gründen fordert auch das Berlin-Brandenburger Bündnis „NS-Verherrlichung stoppen" die Bußgeldbehörde auf, die Bescheide zurückzunehmen. Ihr Sprecher Jan Soost erklärt dazu: „Dieses Bußgeld ist eine Frechheit. Bekommen jetzt die vielen Menschen, die sich in den letzten Jahren in Halbe den Nazis in den Weg stellten, vielleicht auch noch eine Rechung?" Soost will jedenfalls weitermachen, „bis der braune Mob die Lust an Halbe verliert – denn Faschismus ist kein Meinung, sondern ein Verbrechen".

Jan Soost
Berlin-Brandenburger Bündnis „NS-Verherrlichung stoppen"
http://www.redhalbe.de.vu ■

Bürgerprotest gegen NPD in Inden

Rund 300 Menschen folgten am vergangenen Samstag, den 9.6. einem Aufruf des Dürener Bündnisses gegen Rechts und demonstrierten in Inden-Altdorf gegen die NPD. Der Protest richtete sich auch gegen eine Veranstaltung von Neonazis am Abend in Pier.

Fünf Minuten vor Zwölf – zu dieser symbolischen Uhrzeit begann die Auftaktkundgebung vor dem Indener Rathaus, an der sich viele Indener Bürger beteiligten. In Ansprachen wandten sich Karl Panitz, DGB und einer der Sprecher des Dürener Bündnisses gegen Rechts, der Indener Bürgermeister Ulrich Schuster und Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Thematisiert wurden u.a. die Aktivitäten der Neonazis in der Gemeinde Inden. Der NPD-Kreisvorsitzende Ingo Haller lebt in Pier. Auf dessen Grundstück hatte bereits vor rund drei Wochen ein Treffen von 100 Neonazis stattgefunden. Ersten Presseberichten zufolge waren am vergangenen Samstag erneut etwa 80 Neonazis zu einer Veranstaltung mit neonazistischen Liedermachern nach Pier gereist. „Es ist zu befürchten, dass die Veranstaltungen auf dem Hallerschen Gelände auch in der Zukunft noch zunehmen werden. Das hat die Gemeinde Inden und insbesondere der Ortsteil Pier nicht verdient. Mit unserer heutigen Veranstaltung macht das Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt deutlich, die Bürgerinnen und Bürger von Inden stehen nicht alleine mit diesem rechtsextremen Problem sondern wir als Bündnis stehen hinter Ihnen", sagte Karl Panitz in seiner Ansprache. Die Demonstration des Bündnisses richtete sich auch gegen die Kandidatur Ingo Hal-

lers bei der Bürgermeisterwahl in Aldenhoven im August diesen Jahres und die Pläne der NPD, bei den Kommunalwahlen 2009 in die Stadt- und Gemeinderäte der Region einzuziehen.

Im Anschluss an die Kundgebung demonstrierten die NPD-Gegner durch den Ort. Auch die Kampagne „NPD-Verbot jetzt!" war in Inden-Altdorf präsent. Rund 60 Unterschriften für die Einleitung eines neuen Verbotsverfahrens gegen die NPD wurden gesammelt.

www.antifa-dueren.org ■

Schlechtes Wochenende

FRANKFURT. Das war ein verdammt schlechtes Wochenende für den hessischen Nazi-Aktivisten und NPD-Vorsitzenden Marcel Wöll, der auch Anmelder der den den 7. Juli angekündigten Demonstration der NPD in Frankfurt ist: Erst scheiterte er in seinem eigenen Wohnort mit dem Versuch einer Mahnwache – nun muss er auch noch am 25. Juni in Friedberg wegen Volksverhetzung vor Gericht.

Am Samstag wurden Wöll und etwa 20 seiner „Kameraden" in Butzbach gnadenlos ausgepfiffen und mussten unter dem Gesang „Ihr könnt nach Hause gehn ..." mit Sack und Pack abziehen. Die Stadt Butzbach hatte zuvor versucht, die von Wöll angemeldete Mahnwache vor einer US-Kaserne zu verbieten, war damit aber vor Gericht gescheitert. An der anschließenden Aktion und erfolgreichen Verhinderung dieser gerichtlich ausdrücklich genehmigten Veranstaltung beteiligten sich neben 200 NazigegnerInnen auch der Bürgermeister von Butzbach und der Dekan des Ev. Dekanats Bad Nauheim.

Wöll und Kameraden hatten unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „Die USA sind unser Unglück" dabei – ihre aktuelle Version des nazifaschistischen Slogans „Die Juden sind unser Unglück" und passend zum Aufruf für die Frankfurter Demonstration am 7. Juli, in dem die „bloodsuckers" von der „Ostküstenmafia", geschützt von „political correctness" und „Holocaustkeule" für alles Unglück dieser Erde verantwortlich gemacht werden. Die „Protokolle der Weisen von Zion" lassen grüßen!

Es ist glasklarer militanter Antisemitismus, der da seit über einem halben Jahr im Internet für eine in Frankfurt angemeldete Demonstration weltweit verbreitet wird (der Nazi-Aufruf liegt in Deutsch und Englisch vor) – aber dem Frankfurter schwarz-grünen Magistrat ist das bis heute noch nicht einmal den Versuch des Verbots dieser Veranstaltung wert.

Anti-Nazi-Koordination Frankfurt,
www.antinazi-wordpress.com ■

100 jugendliche NazigegnerInnen festgenommen

MÜNCHEN, 17.6.07. Am gestrigen Samstag sollte im oberpfälzischen Schmidgaden der sogenannte „Bayern Tag" der neonazistischen NPD stattfinden. Dagegen sollte unter anderem eine antifaschistische Kundgebung und Demonstration stattfinden. Diese wurde jedoch – nach vorliegenden Informationen von Anwesenden – kurzerhand untersagt. Über 100 NazigegnerInnen kamen in Polizeihaft, viele von ihnen erzählten von schikanösem Verhalten der Polizei.

Der Beginn einer Gegenkundgebung von AntifaschistInnen verzögerte sich um eine circa Stunde, da die Polizei die eingesetzten Shuttle-Busse aufhielt und zum Teil über 45 Minuten lang durchsuchte und alle Insassen penibelst kontrollierte. Als die angekündigte und angemeldete Demonstration dann mit Verspätung losziehen wollte, „untersagte" die anwesende Polizei diese, da der Platz für eine nachfolgende Veranstaltung gebraucht würde. Jeder Versuch, trotzdem vom Versammlungsrecht Gebrauch zu machen, wurde durch die Polizei unterbunden. Schließlich wurde eine große Gruppe an der Polizeiabsperrung zum NPD-Veranstaltungsgelände und eine weitere auf dem Rückweg zur Kundgebung von CSU und SPD von Polizeieinheiten eingekesselt und verhaftet.

Ein Großteil der Verhafteten wurde in einer Turnhalle untergebracht, wobei ein Teil davon ca. zwei Stunden teils im Regen und Hagel davor ausharren musste. Sowohl wurde weiblichen Personen der Toilettengang verweigert, noch wurden die Verhafteten mit Getränken versorgt. Minderjährige waren teils mehrere Stunden in Haft, in einigen Fällen wurden die Eltern nicht informiert. Der Roten Hilfe ist kein Fall bekannt, in dem es – wie vorgeschrieben – zu richterlichen Anhörungen über den Gewahrsam kam. Ein Grund für die Freiheitsentziehung wurde oft nicht genannt, oder aber der pauschale Vorwurf „versuchte Störung einer Versammlung".

Schon die Auflösung der angemeldeten Versammlung mit der Begründung, die VersammlungsteilnehmerInnen haben zu lange gebraucht, war eine klar rechtswidrige Polizeimaßnahme. Dem schließen sich zahlreiche Rechtsverstöße im Polizeigewahrsam an. Offensichtlich sollte die antifaschistische Demonstration unter allen Umständen unterbunden werden.

Die Veranstalter als auch zahlreiche Verhaftete haben angekündigt, juristisch

→

Bündnis Münster gegen Nazis zieht positive Bilanz:

„Breites Netzwerk gegen Nazis initiiert"

Am 9. Juni tagten mehr als 130 Teilnehmer aus ganz Westfalen beim Kongress „Zivilcourage gegen Nazis! – Wie macht man das?!?" im Rathaus zu Münster. Verabredet wurde der Aufbau eines Netzwerkes gegen Neofaschisten für Westfalen sowie der Aufbau einer Internet-Seite, die über die regionalen Aktivitäten des Neonazismus wie über Aktivitäten gegen Rechts informiert. Die Organisatoren zogen bei dieser großen und positiven Resonanz eine erfolgreiche Bilanz.

Nach einem Grußwort des Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Spyros Marinos, der die Notwendigkeit einer breiten Allianz gegen neofaschistische Umtriebe betonte, hielt Prof. Klönne (Paderborn) das Eingangsreferat zu den historischen Herkünften, dem gegenwärtigen Potenzial und den ideologischen Verknüpfungen des heutigen Neofaschismus in der Bundesrepublik. Er machte dabei deutlich, dass der historische Nationalsozialismus von 1933 – 45 allenfalls noch Referenzfeld und Projektionsfläche des heutigen Neofaschismus ist und auch der Verweis der Nazi-Gegner auf die Verbrechen des Dritten Reiches nicht mehr zur Bekämpfung ausreicht. Vielmehr müsse das Hauptaugenmerk auf die aktuellen Strategien gelegt werden, die darin bestehen, sich bestehende politische Forderungen des linken und bürgerlichen Spektrums, wie beispielsweise von Attac, anzueignen und diese national zu wenden und durch rassistische Kategorien zu ersetzen.

Nach der Arbeit in den acht Arbeitsgemeinschaften, die sich unter anderem mit der Bündelung der regionalen antifaschistischen Aktivitäten, den Vorstellungen und Strategien der so genannten „intellektuellen Rechten" und möglichen Gegenstrategien oder auch mit neonazistischer Jugendkultur beschäftigten, unterhielt das Impro-Theater „Scharf im Wolfspelz" die Kongressteilnehmer.

Im Schlussplenum wurde vereinbart, die regionalen Aktivitäten gegen Nazis fortzusetzen. Etliche Aktive aus dem Kreis Steinfurt haben sich auf dem Kongress kennen gelernt und vereinbarten gegenseitige Unterstützung sowie gemeinsame Projekte insbesondere gegen die NPD und ihren Versuch, bei der Kommunalwahl 2009 im Kreis Steinfurt Fuß zu fassen. Für Münster, stellte Bündnissprecher Carsten Peters in der Schlussrunde fest, werde die Auseinandersetzung mit der nach Presseberichten in Gründung befindliche rechtspopulistischen Initiative „Pro Münster" ein wichtiges Themenfeld sein: „Soweit es denn zu einem Tätigwerden dieser Gruppe kommt, müssen diese rechten Schaumschläger ohne Problemlösungskompetenz konsequent entlarvt werden."

Das Bündnis wird die erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Die aktiven Organisatoren des Kongresses erhielten für ihre Arbeit am Ende des Kongresses großen Beifall und haben weitere Mitstreiter gewonnen.

Über das Bündnis „Münster gegen Nazis!":

Das Bündnis „Münster gegen Nazis" hat sich Anfang 2006 gegründet. Der Anlass war ein durch Freie Kameradschaften angemeldeter Nazi-Aufmarsch im Februar. Damals organisierte das Bündnis eine Gegenkundgebung im Münsteraner Rathausinnenhof. Der Widerstand im Hansaviertel hatte damals den Nazi-Aufmarsch blockiert. Nach gerade mal 200m war Schluss. Im Mai – zum zweiten Nazi-Aufmarsch in MS-Hiltrup – hatte das Bündnis „Münster gegen Nazis" zusammen mit dem „Bündnis gegen Rechts" im Zentrum von Hiltrup eine gemeinsame Gegenkundgebung organisiert. Damals verhinderten die Besucher der Gegenkundgebung den Nazi-Aufmarsch. Hier reichte es nur zu einer kleinen Runde für die Nazis.

„Münster gegen Nazis", c/o GEW, Zumsandestr. 35, 48145 Münster
demo@muenster.org
www.muenster-gegen-nazis.de ■

---

gegen diese grobe Versammlungsstörung durch die Polizei vorzugehen. Die Rote Hilfe wird sie dabei mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Pressemitteilung Rote Hilfe e.V. – Ortsgruppe München, muenchen@rote-hilfe.de. www.rote-hilfe.de ■

So schlimm sah es noch nie aus!

SCHWERIN. „So schlimm sah der Ehrenfriedhof noch nie aus!" so ein Angehöriger eines VVN-Mitglieds.

In der Nacht vom 17. zum 18. Juni 2007 haben unbekannte Täter den Ehrenfriedhof am Platz der Opfer des Faschismus geschändet. 62 Grabsteine von Opfern des Faschismus und toten sowjetischen Soldaten wurden umgestoßen oder zerstört.

Wieder einmal wurden die Gräber jener Menschen geschändet, die sich aktiv am Kampf gegen den Faschismus einsetzten. Die Faschisten verfolgten diese Menschen im Leben, sperrten sie in Konzentrationslager oder zwangen sie zur Flucht aus der Heimat. Millionen überlebten den Widerstand gegen den Faschismus nicht. Manchen dieser Opfer ließen die Faschisten nicht einmal ihren Namen. So wurden auf ihren Gräbern Nummern eingemeißelt. Aber egal ob Name oder Nummer, alle Gräber wurden zerstört. Die geistigen Erben des Faschismus, die Neofaschisten lassen nicht einmal die Gräber dieser Menschen in Ruhe.

Der Ehrenfriedhof wurde am 8. Mai 1945 durch die Bestattung von 71 Opfern aus dem KZ Wöbbelin durch die US-Streitkräfte angelegt. Später wurden hier sowjetische Soldaten und Kämpfer gegen den Faschismus bestattet. Nach 1990 wurden hier die Urnen von der Gedenkstätte der Sozialisten umgebettet.

Die Mitglieder der Schweriner VVN/BdA verurteilen diese Straftat und fordern von der Polizei eine schnellstmögliche Aufklärung der Tat und Bestrafung der Täter. „Um solche Straftaten in Zukunft zu verhindern, fordern wir eine verstärkte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Die Geschichte im eigenen Ort ist dabei eine der wichtigsten. Denn der Faschismus fand in jedem Dorf, in jeder Stadt statt. Die Stolpersteine sind dazu ein gutes Projekt. Forschen Sie in der Geschichte ihres Ortes nach Opfern der Faschisten, wo sie wohnten und unter welchen Umständen diese Mitmenschen ums Leben kamen." so Michael Strähnz von der Schweriner VVN/BdA Gruppe.

Michael Strähnz
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten M/V. e.V., Gruppe Schwerin
bda-sn@freenet.de ■

Aufwertung für Ultrarechts-Postille

Ex-Bundesminister Funke gibt „Junge Freiheit" ganzseitiges Interview

von Thomas Klaus

VAREL. Mit seinem Interview für die ultrarechte Wochenzeitung „Junge Freiheit" hat sich der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister und jetzige Ratsvorsitzende von Varel im Landkreis Friesland, Karl-Heinz Funke, nicht nur Freunde gemacht. Hinter vorgehaltener Hand kritisieren manche Parteigenossen des SPD-Mannes, dass er die zeitweise von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete Zeitung durch seine Gesprächsbereitschaft deutlich aufgewertet habe.

In einer wissenschaftlichen Studie des Duisburger Institutes für Sprach- und Sozialforschung (DISS) heißt es über die „Junge Freiheit", dass sie sich „mal getarnt, mal mit offenem Visier im rechten Grenzraum des Verfassungsbogens bewegt und Woche für Woche intellektuelle Aufrüstung gegen die moderne demokratische Gesellschaft betreibt".

Das Interview in der Ausgabe vom 15. Juni zieht sich fast über eine ganze Seite. Thema ist die Gewalt von links, die nach Funkes Auffassung verharmlost wird. Er spricht sich dafür aus, dass die Anti-G8-Steinewerfer von Rostock wegen versuchten Mordes angeklagt werden sollten. Gewalttätige Linke seien eindeutig schlimmer als friedliche Neonazis, so Funke. Die Polizei werde nicht ausreichend in Schutz genommen; der Staat müsse Stärke zeigen („Mit einem Wort: einsperren und angemessen verdonnern!").

Zu den Ständigen Freien Mitarbeitern der „Jungen Freiheit", die im Impressum vermerkt sind, zählen zum Beispiel Alain de Benoist und Heinrich Lummer. Berlins ehemaliger Innensenator Lummer ist Ehrenvorsitzender der „Deutschen Konservativen", die der wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass vorbestrafte Joachim Siegerist leitet. Und Alain de Benoist hat sich in einschlägigen Kreisen als Rechts-Intellektueller einen Namen gemacht. 2003 veröffentlichte er eine gegen den „Hauptfeind USA" gerichtete Stellungnahme. Demnach sei „weltweit jeder Akt der Vergeltung, der auf amerikanische Interessen und auf amerikanisches militärisches, politisches, diplomatisches und administratives Personal zielt, zugleich legitim und notwendig".

Nicht zum ersten Mal wird das SPD-Urgestein mit der ultrarechten Schiene in Verbindung gebracht. So ist bekannt, dass Funke in der „Ahnenstätte Conneforde" desöfteren als Trauerredner auftritt und dort 1995 sogar als „Feuerredner" bei einer Sonnenwendfeier vertreten war. In Conneforde werden heidnische Bräuche und germanische Sitten gepflegt, was nicht zuletzt viele Altnazis anzieht. Zahlreiche von ihnen liegen hier begraben, so etwa Wilhelm Tietjen aus Bremen – Namensgeber für die von Neonazi Jürgen Rieger gelenkte „Fruchtbarkeits-Stiftung". Die wollte bekanntlich unter anderem mit einem Hotel in Delmenhorst und dem Heisenhof in Dörverden „zum Schuss" kommen.

Karl-Heinz Funke war von 1990 bis 1998 niedersächsischer Landwirtschaftsminister, wechselte nach dem Wahlsieg von Gerhard Schröder in dessen erstes Bundeskabinett – als Bundeslandwirtschaftsminister. Dieses Amt übte er bis zu seinem Rücktritt im Zusammenhang mit der BSE-Krise im Januar 2001 aus. Danach wandte sich der gelernte Landwirt der Kommunalpolitik zu. In Varel fungiert er auch als stellvertretender Bürgermeister, ist neben weiteren Ehrenämtern Vorsteher des Ostfriesisch-Oldenburgischen Wasserverbandes (OOWV).

Thomas Klaus ■

Zwangsarbeiter-Entschädigung: Weder Erfolgsgeschichte noch Anlass zum Schlussstrich

BERLIN. „Das Entschädigungsprogramm für ehemalige NS-Zwangsarbeiter ist ausgelaufen – ein Grund zum Feiern ist das nicht", so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft". Denn noch immer warteten Hunderttausende von NS-Opfern auf ihre Entschädigung: „Zu den größten Ungerechtigkeiten der bisherigen Entschädigungspolitik gehört die willkürliche Ausgrenzung von über 100.000 italienischen Militärinternierten. Unverständlich bleibt, dass sowjetische Kriegsgefangene trotz ihres grausamen, allen Völkerrechtsbestimmungen Hohn sprechenden Schicksals niemals entschädigt worden sind. Ebenso warten die Opfer von Wehrmachts- und SS-Massakern bis heute darauf, wenigstens eine symbolische Wiedergutmachung für das von Deutschen verübte Unrecht zu erhalten.

Zahlreiche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter haben lediglich aus formalen Gründen keine Entschädigung erhalten. Nur im engen Zeitfenster von 1999 bis 2001 waren Anträge möglich. Die Linksfraktion betrachtet aber Zwangsarbeit als Unrecht, das nicht verjährt. Ehemalige Soldaten der Waffen-SS können heute noch Renten beantragen – dass ihre Opfer erneut schlechter gestellt werden, ist unerträglich.

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" konnte nur im Rahmen eines viel zu eng angelegten Gesetzes wirken. Schon dieses Gesetz musste gegen den Widerstand der Wirtschaft erkämpft werden. Umso absurder muten die Pläne der Bundesregierung an, die Stiftung so umzugestalten, dass die Vergabe der Fördermittel durch den Zukunftsfonds faktisch unter die Kontrolle der Wirtschaft gerät. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller NS-Opfer, die auch Opfer des deutschen Großkapitals waren.

Notwendig ist es vielmehr, nun die bislang vergessenen NS-Opfer zu entschädigen." *Ulla Jelpke, MdB* ■

Ulla Jelpke hat einen Reader zusammengestellt, der einen Überblick über die bisherigen parlamentarischen Initiativen und einige andere wichtige Dokumente zu diesem Thema gibt. Das Büro Jelpke mailt den Reader auf Anfrage gerne zu. (63 Seiten, 2,6 MB). Einzelne Exemplare sind auch auch als Papierausdruck zu haben.

Strukturen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" erhalten!

KÖLN. Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. hat beschlossen, dass der Bundesverband alle Anstrengungen unternehmen wird, um im Zusammenwirken mit anderen Opferverbänden und interessierten Gruppen den Erhalt der bestehenden Strukturen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ) zu bewirken.

Nach einem gemeinsamen Entwurf der Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ-StiftG) sollen die Strukturen der Stiftung grundlegend geändert werden. Es soll ein Stiftungsrat installiert werden, besetzt mit 8 Mitgliedern der Regierung und der Wirtschaft. Dieses Gremium soll die Entscheidungshoheit in allen personellen und finanziellen Angelegenheiten haben. Daneben soll es ein „Kuratorium" geben, das mit „Sachkundigen" besetzt werden soll. Der Bundesverband soll ebenso ausgeschlossen werden wie z.B. die IOM (International Organization for Migration), der Bundesrat und der UNHCR. Dieses „Kuratorium" hätte keinerlei Befugnis mehr und auf die weitere Ausgestaltung der Arbeit der Stiftung keinen Einfluss.

Gegen diese Entmachtung des Kuratoriums wendet sich der Bundesverband, ausschließlich vor dem Hintergrund, dass die legitimen Interessen der NS-Opfer bei der angestrebten Veränderung

→

„Das Ende der Le Pen-Jahre" verspricht das sozialliberale Wochenmagazin ‚Nouvel Observateur' von der Titelseite seiner Nummer vom 14. Juni 07. „Le Pen, das Ende" kündigte die linksliberale Pariser ‚Libération' eine Woche zuvor über mehrere Seiten hinweg an, in ihrem Tagesthema vom Donnerstag, 7. Juni. Auch ein Leitartikel der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde', gezeichnet vom Redakteur Arnaud Laparmentier, in der Ausgabe vom Abend des 11. Juni ist übertitelt mit ‚FN, fin' (Front National, Ende).

Marine Le Pen war wohl nicht unmittelbar anvisiert, als ihr Familienname fiel, eher ging es um das (derzeit noch hypothetische) politische ‚Aus' für ihren Vater. Dennoch drängt sich ein Zusammenhang zwischen diesen Pressetiteln und dem Ausgang der Stichwahlrunde bei den französischen Parlamentswahlen auf. In dieser hatte die rechtsextreme Partei nur noch eine einzige Kandidatin im Rennen, nämlich Marine Le Pen. Dies markiert einen historischen Tiefstand, womit auch die „Schadenskapazität" des FN aus Sicht des konservativ-liberalen Bürgerblocks sehr stark zurückging. Letztere hing bisher damit zusammen, dass der rechtsextreme FN seine Kandidaten auch in der Stichwahlrunde (dort, wo er die Hürde der erforderlichen Stimmenzahl nehmen konnte) neben denen des bürgerlichen rechten Lagers aufrecht erhielt, und dadurch Wahlsiege der Konservativ-Liberalen erheblich erschwerte, sofern diese sich nicht mit ihm verbünden mochten. Aber das erstaunlich hohe Abschneiden der „übrig gebliebenen" Kandidatin Marine Le Pen in „ihrem" Wahlkreis – im ehemaligen Bergbaurevier Pas-de-Calais nahe der belgischen Grenze – in der Stichwahl belegt gleichzeitig, dass im rechtsextremen Potenzial noch immer erhebliche Kräfte schlummern. Und es weist darauf, dass die „Aus und Vorbei"-Rufe doch ziemlich voreilig gewesen sein könnten.

Frankreich nach der zweiten Runde der Parlamentswahl:

FN muss betteln. Aber Marine Le Pen bei fast 42 Prozent...

Marine Le Pen

Die weitere Entwicklung wird selbstverständlich in hohem Maße von der Gesamtentwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche unter der Präsidentschaft Sarkozy abhängen. Aber es wäre vorschnell, nicht nur den nahenden Abschluss der politischen Karriere Jean-Marie Le Pens vorauszusagen – was aus Altersgründen nicht gar so schwer ist, denn der Mann wurde am vergangenen Mittwoch 79 Jahre alt –, sondern auch seiner Partei das „Ende" zu prognostizieren.

Die österreichische Erfahrung der Jahre 2002 bis 2006 hat gezeigt, dass auch eine extreme Rechte, die mehrere schwere Krisen, einen erheblichen Rückgang ihrer Wählerschaft und sogar eine Spaltung hinter sich hat, dadurch noch nicht von der Bildfläche verschwindet. Die beiden rechtsextremen Parteien in jenem Land, FPÖ und BZÖ, erhielten immerhin bei der Parlamentswahl vom 1. Oktober 2006 zusammen noch immer 15 Prozent der Stimmen (ein erheblich höherer Anteil als bei Wahlen in den beiden Jahren zuvor).

Marine Le Pen rettet die Hoffnungen der extremen Rechten

Als einzige Bewerberin des Front National konnte die Cheftochter Marine Le Pen in ihrem Wahlkreis Hénin-Beaumont, im früheren Bergbaurevier Pas-de-Calais, die magische Hürde überspringen, die die Teilnehmer am ersten Wahlgang von den in die zweite Runde einziehenden Bewerbern trennt. Dazu sind 12,5 Prozent erforderlich, nicht der abgegebenen gültigen Stimmen (wie man in deutschen Medien oft fälschlich liest), sondern der in die Wählerlisten eingetragenen Wahlberechtigten. Das bedeutet, dass, je nach Wahlbeteiligung, 15 oder 18 Prozent oder auch mehr der abgegebenen Stimmen im ersten Durchgang erforderlich sein können. Die Wahlenthaltung war frankreichweit an diesem Sonntag außerordentlich hoch (39 Prozent), so dass die Hürde – in Prozentergebnissen gemessen – dieses Mal noch höher lag, bis zu 21 Prozent.

Die Cheftochter hatte sich jenen Wahlkreis (in der industriellen Krisenzone in der Nähe von Lens) ausgesucht, wo der FN anders als fast überall sonst noch eine echte gesellschaftliche Verankerung vor Ort aufweist, konkrete soziale Probleme aufgreift und im Alltag sofort auf neu auftauchende Ereignisse zu reagieren vermag. Diese Zone bildet in gewisser Weise das „soziale Laboratorium" des FN. Andernorts ist er dazu überhaupt nicht mehr in der Lage. Zu verdanken ist ihr Wahlerfolg also nicht hauptsächlich der Persönlichkeit Marine Le Pens, sondern der Kleinarbeit des örtlichen Kaders Steeve Briois, der im Juni 2002 in demselben Wahlkreis wie jetzt „die Tochter" antrat und jahrein, jahraus die örtliche Terrainarbeit verrichtet.

Marine Le Pen selbst war 2002 im benachbarten Wahlkreis von Lens angetreten, und hatte dort 24,2 Prozent im ersten und gut 32 Prozent im zweiten Durchgang der damaligen Parlamentswahl erzielt. Beide Wahlkreise liegen direkt nebeneinander: Lens ist das 13., Hénin-Beuamont das 14. Wahldistrikt des Départements Pas-de-Calais. Ihr dortiges Wahlergebnis,

Der FN und die Stichwahlen

Bei den Parlamentswahlen 1997 kam der FN noch in 131 Wahlkreisen in die Stichwahl, und seine Präsenz führte in 76 Fällen zu Dreierkonstellationen zwischen Linksparteien, Bürgerlich-Konservativen und FN. (76 von 79 Stichwahlen „zu dritt" gingen damals auf die Anwesenheit des FN zurück; hingegen gab es in diesem Jahr 2007 nur eine einzige Dreierkonstellation im zweiten Wahlgang, und diese hing mit dem christdemokratisch-liberalen MoDem als neuer Partei „zwischen Linker und Rechter" zusammen.) Diese Konfiguration fiel grundsätzlich zu Ungunsten der bürgerlichen Rechten aus, da das traditionelle Links-versus-Rechts-Schema dadurch aufgebrochen wurde und es nunmehr auf ihrem rechten Flügel Konkurrenz gab. Es wird geschätzt, dass die bürgerliche Rechte dadurch bei den Wahlen von 1997 rund 60 Sitze verloren hat, was ihr damals, unter anderen Faktoren, den Wahlsieg kostete.
Im Juni 2002, als der FN bei den Parlamentswahlen bereits zurückging, trotz vorausgehenden Triumphs bei der Präsidentschaftswahl, kamen seine Bewerber noch in 39 Fällen in die Stichwahl. ■

→ nicht mehr wie bisher an zentraler Stelle dieser international besetzten und vom Stiftungszweck her weltweit einmaligen Stiftung stehen.

Weiterhin beschloss die außerordentliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes, dass dieser sich nachdrücklich dafür einsetzen wird, dass die Opfer des NS-Regimes entschädigungsrechtlich und versorgungsrechtlich gegenüber den Opfern des SED-Regimes nicht benachteiligt werden.

Hier steht vor allen Dingen der Anspruch im Vordergrund, das Bundesversorgungsrecht auch für die Opfer des NS-Regimes zur Anwendung zu bringen. Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. begrüßt ausdrücklich die Entschädigung der Opfer des DDR-Regimes. Festzustellen ist, dass es bezüglich der strafrechtlichen, der beruflichen und der verwaltungsrechtlichen Rehabilitation der Opfer des DDR-Regimes für diese Gruppe erheblich bessere Entschädigungen und Versorgungsregelungen gibt als für die Opfer des NS-Regimes. Hier geht es nicht um Konkurrenzen sondern um Gleichbehandlung.

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
info@nsberatung.de ■

zu einer Zeit, als Marine Le Pen bei weitem noch nicht so prominent (aufgrund ihrer Medienpräsenz) war wie heute und noch nicht als potenzielle Nachfolgerin ihres Vaters gehandelt wurde wie seit 2003, lag also sehr in der Nähe der jetzigen Größenordnung. Es erklärt sich weitaus eher aus der sozialen und politischen Konfiguration in dem fraglichen Gebiet als aus ihrer persönlichen „Leistung".

Zwischen den beiden Wahlgängen

In „ihrem" Wahlkreis erhielt Marine Le Pen in der ersten Runde am 10. Juni dieses Jahres 24,5 Prozent der Stimmen und lag damit um knappe 4 Prozent hinter dem bestplatzierten Bewerber: Albert Facon (28,2 %) aus den Reihen der französischen Sozialdemokratie, dem bisherigen Abgeordneten des Wahlkreises. Gegen ihn konnte sie nun in der zweiten Runde antreten. Aussichten darauf, in der Stichwahl acht Tage später den Parlamentssitz zu erobern, konnte sie sich im Prinzip keine ausrechnen. Die Regionalzeitung ‚La Voix du Nord' (mit Sitz in Lille) schrieb bereits kurz nach dem ersten Wahlgang, Marine Le Pen habe ihr Stimmenpotenzial bereits voll ausgeschöpft, während ihr Gegenkandidat auf einen Stimmentransfer von allen übrigen (je nach Sichtweise: demokratischen bzw. etablierten) Parteien bauen könne.

Allerdings erhielt Marine Le Pen in den Tagen vor der Stichwahl die Unterstützung zweier konservativer Prominenter, unter ihnen der frühere Leitartikler im ‚Figaro Magazine' (und berüchtigte Reaktionär sowie langjährige Befürworter von Allianzen der politischen Rechten mit dem FN, etwa anlässlich der Regionalparlamentswahlen im März 1998) Alain Griotteray. Der Zweite im Bunde ist Michel Caldaguès, der ebenfalls wie Griotteray aus nationalistischen Gründen in der Résistance aktiv war und später als gaullistischer Senator von Paris (d.h. Mitglied des parlamentarischen Oberhauses, das dort die Hauptstadt vertritt) war. Caldaguès amtierte zudem bis im Jahr 2000 als neogaullistischer (RPR-)Bürgermeister des 1. Arrondissements der Hauptstadt Paris, während Griotteray bis 2002 konservativ-liberaler (UDF-)Bürgermeister des bürgerlich geprägten Pariser Vororts Charenton war. Beide erklärten ihre Unterstützung für die Kandidatur Le Pens (Tochter), um die französische Nation vor dem Aufgehen in einem supranationalen Europa zu schützen. Griotteray und Caldaguès luden die „Cheftochter" des FN zudem am 13. Juni, also genau zwischen den beiden Durchgängen der Parlamentswahl, in die von ihnen animierte Sendung auf ‚Radio Courtoisie' ein. Bei diesem Radiosender, der im 16. Pariser Arrondissement ansässig ist, kommen unterschiedliche Strömungen der Rechten und extremen Rechten zu Wort.

Auch der Europaparlaments-Abgeordnete der nationalkonservativen „Souveränisten" Paul-Marie Coûteaux, der 2004 auf der durch Philippe de Villiers angeführten Liste ins EP gewählt wurde, rief aus ähnlichen Gründen zur Stimmabgabe für Marine Le Pen auf. Das Unterstützerkomitee für die Kandidatin wurde zudem von einem enttäuschten Sozialdemokraten geleitet, Daniel Jansses, der während 17 Jahren Vorsitzender des PS-Ortsverbands von Laforest war. Ferner war er 24 Jahre lang stellvertretender Bürgermeister von Laforest gewesen.

Aber jenseits solcher Engagements von (mehr oder minder prominenten) Einzelpersonen hielten alle übrigen politischen Kräfte, im Prinzip, gegen die Kandidatur Marine Le Pens zusammen. Die konservative Regierungspartei UMP erklärte zwar die Wahl Marine Le Pens für nicht wünschenswert und trat gegen sie auf, rief aber auch nicht explizit zur Stimmabgabe für ihren sozialdemokratischen Gegenkandidaten auf. Hingegen hatte ihr örtlicher Kandidat in der ersten Runde, Nesrédine Ramdani (der im ersten Wahlgang rund 13 Prozent erhielt), seinerseits erklärt, er persönlich stimme im zweiten Wahlgang für Albert Facon. Der Kandidat des christdemokratisch-liberalen MoDem (ehemals UDF), Jean Urbaniak, rief seinerseits klar zur Stimmabgabe gegen Marine Le Pen auf.

Ergebnis

Und doch... Und doch erhielt Marine Le Pen in der Stichwahl mit 41,7 Prozent (auf Wahlkreisebene) ein gewaltiges Ergebnis. An ihrem Wahlerfolg, auch wenn er am Ende nicht von einem Sitz gekrönt war, gibt es nichts herumzudeuteln. Denn auch in absoluten Zahlen ausgedrückt, und nicht allein in Prozentanteilen gemessen, legt Marine Le Pen zwischen den beiden Runden der Wahl nochmals ordentlich zu. Statt 10.593 Stimmen im ersten Durchgang erhält sie nunmehr, im zweiten Wahlgang, 17.107 Stimmen. In der Kommune Beaumont sammelt sie 52 Prozent der Stimmen, und im persönlichen Wahlbüro von Steeve Briois – des örtlichen Kaders, der ihr das Terrain bereitet hatte – in Hénin 53 Prozent.

Das Gesamtergebnis deutet darauf hin, dass es dem Front National zwischen den beiden Wahlgängen gelungen sein muss, einen nicht unerheblichen Teil des Publikums der bürgerlichen Parteien auf seine Seite zu ziehen. Denn jene Wählerschaft in den sozialen Unterklassen, die für die extreme Rechte gewinnbar ist, dürfte Marine le Pen von Anfang an für sich gehabt haben – diese Anhängerschaft hat wohl kaum erst bürgerlich gestimmt.

In einem kurz vor dem Stichwahltermin unter dem Titel „Marine Le Pen bewegt sich in erobertem Gebiet" erschienenen Artikel berichtet die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' darüber, wie Marine Le Pen am Ausgang der Fabriken in „ihrem" Wahlkreis ein anscheinend höchst freundlicher Empfang bereitet wird. Allem Anschein nach hat es der FN zumindest in dieser einen Ecke Frankreichs – seinem „sozialen Laboratorium", wie der extra darüber gedrehte Film ‚Au pays des gueules noires' (2004) feststellt – tatsächlich vermocht, sich real auch in den sozialen „Unterschichten" inklusive einer prekarisierten Arbeiterschaft zu verankern.

Die extreme Rechte jubelt und feiert ihren Wahlerfolg als eine Rettung ihrer Hoffnungen, auch wenn dies an vielen Orten eher dem Pfeifen im dunklen Wald ähneln mag.

Die parteinahe Wochenzeitung ‚National Hebdo' macht am Donnerstag danach (21. Juni) ihre Titelseite mit den lakonischen Worten „Marine 42 %" und einem Foto der Kandidatin auf. Diese selbst sprach in ihrer Erklärung am Wahlabend in Hénin-Beaumont von einer „immensen Hoffnungsbotschaft für die Zukunft". Ihr Wahlergebnis habe gezeigt, dass der FN „das kleine Volk gegen die Apparate, gegen die traditionellen Parteien sammeln" könne. Und fuhr fort: „Die nationale Rückeroberung beginnt an diesem Abend von Hénin-Beaumont aus, von dieser Erde der kleinen Leute – ein Symbol."

Zudem gab sie als nächstes Etappenziel die nächsten Rathauswahlen (die in ganz Frankreich im März 2008 stattfinden) in Hénin-Beaumont aus. Auch ihr Vater Jean-Marie Le Pen sprach davon, dieses Ergebnis sei „vielversprechend für die Zukunft, sowohl auf lokaler Ebene als auch nationaler Ebene". Mit den letzten Worten dürfte er vielleicht auch an die offene Frage der späteren Regelung seiner Nachfolge gedacht haben.

Einstweilen plagen den Mann aber noch andere Sorgen. Zeitgleich mit dem Wahlergebnis von Hénin-Beaumont wurde ebenfalls bekannt, dass Jean-Marie Le Pen eine Spendenkampagne unter dem Titel „SOS Front National" lanciert habe. Darin richtet der Chef der rechtsextremen Partei sich an Privatleute, die er auf die dramatische finanzielle Situation des FN hinweist.

Nicht nur, dass die staatliche Parteienfinanzierung für den Front National (die von den Stimmergebnissen bei den Parlamentswahlen abhängt: 1,63 pro Wähler und pro Jahr bis zur nächsten Wahl) künftig um 60 Prozent gegenüber dem bisherigen Stand reduziert wird, da er in diesem Jahr 1,1 Millionen Wähler hatte gegenüber 2,8 Millionen im Juni 2002. Zudem erhalten über 300 (von insgesamt 555) Parlamentskandidaten des FN keine Rückerstattung ihrer Wahlkampfkosten, da sie die dafür erforderlichen 5 Prozent verfehlt haben.

Und inzwischen wurde nun auch noch bekannt, dass der FN 8 Millionen Euro an vorgestreckten Wahlkampfkosten seinen eigenen Kandidaten wird zurückzahlen müssen. Wohl bekomm's!

Bernhard Schmid (Paris) ■

1. Resümee aus den Demonstrationsbeobachtungen beim G8-Gipfel

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Vom 2. bis 8. Juni 2007 trafen sich rund um Rostock und Heiligendamm Kritiker und Kritikerinnen der Politik der G-8-Staaten. Diese Proteste hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie mit insgesamt 30 Demonstrationsbeobachtern und -beobachterinnen begleitet. Wir waren bemüht, an vielen Stellen zugegen zu sein, die vielen großen und kleinen Versammlungen und den polizeilichen Umgang mit ihnen beobachtend. Umfassend ist dies nicht gelungen, viele Beobachtungen müssen im einzelnen noch zusammengetragen und ausgewertet werden, aber ein erstes deutliches Resümee können wir ziehen: Die Polizei ist dem Protest von Beginn aller Planungen an eskalierend und kriminalisierend begegnet. Sie selbst spricht entlarvend davon, dass Demonstrationen nicht länger an der langen Leine herumgeführt werden. Zugleich machten die Demonstrierenden deutlich, dass das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit in seiner freiheitlichen Konzeption gestärkt werden muss. Alle Einschränkungen sind unnötig und verfassungswidrig. Als freiheitliches Grundrecht muss es verstanden und geschützt werden.

● **Früh wurde mit der Kriminalisierung des Protests begonnen** – vor terroristischen Taten, vor Straf- und Gewalttätern wurde öffentlich und medienwirksam gewarnt und zugleich bei konkreteren Nachfragen zugegeben, dass keine konkreten Hinweise vorlägen. Die nebulösen Prognosen aber schafften der Polizei Handlungsspielraum. Darüber hinaus wurden in der Region rund um Rostock und Heiligendamm Ängste und Abwehr geschürt, der Protest delegitimiert. Die demonstrierenden Jugendlichen konnten diese Vorurteile nur langsam im konkreten Kontakt abbauen.

● Auf dem Hintergrund dieser Kriminalisierung konnte eine **Allgemeinverfügung** erlassen werden, die die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit weiträumig außer Kraft setzen sollte. Weit über den von allen Freiheitsrechten ausgenommenen, von einem 12 km langen Zaun abgegrenzten Bereich um Heiligendamm sollten die Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit keine Geltung haben. Dieses weiträumige Demonstrationsverbot wurde von vielen Seiten und zunehmend auch aus den etablierten Parteien heraus – von den Grünen über FDP bis zur SPD – kritisiert.

● Eine solche Allgemeinverfügung – vom Verwaltungsgericht eingeschränkt, vom Oberverwaltungsgericht bestätigt – wurde nur deshalb vom Bundesverfassungsgericht bestätigt, weil es am Samstag, 2. Juni 2007 zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Polizei und einem verschwindend kleinen Teil – an der Zahl der Demonstrierenden gemessenen – von Personen kam, die diese Auseinandersetzungen mit der Polizei suchten. Sie agierten aus der Versammlung heraus, warfen Steine und Flaschen und gefährdeten damit die anderen Demonstrierenden – nicht nur durch ihre eigenen Würfe, sondern auch durch die darauf gerichteten Polizeiaktionen. Die Polizei trug mit ihrem Konzept den Konflikt ebenfalls mitten in die Versammlung hinein. Vor allem die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten – und in ähnlicher Weise agierende Polizeieinheiten anderer Länder - drangen immer wieder tief in die Versammlung ein, um einzelne Personen festzunehmen oder auch, um die Personen zu filmen, die während dieses provozierenden Agierens Steine und Flaschen auf die Polizei warfen. Sie schlugen während dieses Vorgehens rücksichtslos um sich. Wer aus solch einer breiten, internationalen, großen und heterogenen Versammlung - die zuvor weitgehend unbehelligt von der Polizei protestierend durch die Innenstadt von Rostock ziehen konnte – einzelne Menschen mit rabiater Gewalt herausgreift und abführt, muss mit Protest und Empörung rechnen. Die Stimmung wird angeheizt. Mit der von der Polizei behaupteten Deeskalation hat dieses Vorgehen rein gar nichts zu tun.

● Die der Auftaktveranstaltung am Samstag, 2. Juni 2007, folgenden Tage waren jeweils unter einen thematischen Schwerpunkt gestellt: „Globale Landwirtschaft", „Flucht & Migration" und „Gegen Militarismus, Krieg und Folter - G8 blockieren, Kriege verhindern". Es formierte sich **ein breiter, unterhaltsamer, die Themen an symbolischen Orten aufgreifender Protest**. Hier wurde deutlich, in welchem Maße die Demonstrierenden vielfältige Formen des deeskalierenden Eingreifens entwickelt haben. Vieles davon wurde zwar bereits Samstag versucht, blieb jedoch angesichts einer an Auseinandersetzungen interessierten Gruppe von schwarz gekleideten Vermummten und einer zumindest einseitig an Strafverfolgung und Sichtbarmachung von Straftätern interessierten, schwarz gekleideten und vermummten Polizei beschränkt. Clownsgruppen und „Clownsarmee" sorgten für Spaß und Ironisierung angespannter Situationen. Trommel- und Rhythmusgruppen, Musikwagen sorgten für Entspannung, Unterhaltung und Bewegung. Lautsprecherwagen sorgten für Information und Orientierung. Vor allem am Montag, dem Protesttag „Flucht & Migration", wurde die Geduld dieser Demonstrierenden auf eine harte Probe durch die polizeilichen Verunsicherungs- und Desinformationsbemühungen gestellt. An die immer wieder erfolgten Durchsuchungen von Rucksäcken beim Zugang zu Demonstrationen – hier zur Kundgebung am Flüchtlingslager Satowerstraße – hatten sich die meisten schon gewöhnt, manche größeren Gruppen konnten jedoch auch erfolgreich einen unkontrollierten Zugang einfordern. Selbst die seit Samstag immer wieder stattfindenden Festnahmen aus größeren Gruppen heraus führten nicht zu Eskalationen. Allerdings zu Empörung und mehr noch zu Ängsten um die betroffenen Personen, von denen andere oft überzeugt waren, dass sie keine Straftaten begangen hatten.

● **Eskalationsverhalten der Polizei:** Als sich am Montag, dem 4.6. der genehmigte Demonstrationszug mit einigen tausend TeilnehmerInnen vom Flüchtlingslager zur Innenstadt formierte, standen sie vor einer Armada hochgerüsteter Polizei und fünf Wasserwerfern. Über eine Stunde durfte dieser Zug nicht losziehen. Informa-

---

Bürgerrechte nach dem G8-Gipfel. Erste Bilanz und Perspektiven

Bürgerrechtsorganisationen, AnwältInnen und OrganisatorInnen berichten und analysieren– Eine Anhörung des Arbeitskreises V und der Fraktion DIE LINKE, Montag, den 2. Juli 2007, 10.00 bis 13.30 Uhr

Deutscher Bundestag, Sitzungssaal der Fraktion DIE LINKE. im Reichstagsgebäude, Einlass mit Voranmeldung über Eingang Süd/Scheidemannstr.

Mit: Elke Steven, Komitee für Grundrechte und Demokratie. Demonstrationsbeobachtung und -auswertung
Sönke Hilbrans, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Legal Team
Martin Kutscha, Beirat der Humanistische Union, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht FHVR Berlin, Spezialist für Versammlungs- und Demonstrationsrecht
Christoph Kleine, Block G8/Interventionistische Linke (angefragt)
Graziella Mascia, Mitglied für den PRC im Innenausschuss des italienischen Parlaments, beteiligt an den Untersuchungen der Ereignisse des G8 Gipfels in Genua 2001
Greenpeace (angefragt)

Anmeldung unter Angabe des vollständigen Namens und Geburtsdatum bis 28. Juni bitte richten an: Katrin.Maillefert@linksfraktion.de, Telefon 030/227 51193 oder Fax 030/227 56293

tionen der Polizei, gar Begründungen erfolgten allenfalls spärlich und widersprüchlich. Keine der Begründungen hätte einer Überprüfung standgehalten – mal waren 500 TeilnehmerInnen nicht durchsucht worden, dann wieder drohte Gefahr von außen oder es wurden Tausende von gewaltbereiten „Autonomen" von der Polizei in die friedliche Versammlung hinein imaginiert. Die Demonstrierenden dagegen sorgten mit ihren Unterhaltungs- und Informationsmitteln für Entspannung trotz aller Anspannung. Nach mehr als einer Stunde Wartezeit durfte der Demonstrationszug zumindest einen kleinen Teil des genehmigten Weges ziehen. Da der weitere Weg Richtung Innenstadt von der Polizei nicht zugelassen wurde, auch kein verkürzter Weg, musste der Versammlungsleiter die Versammlung auflösen. Vor Ort führte die Polizei als Begründung vor allem an, dass die Demonstration größer als angemeldet sei. Die 10.000 Teilnehmer – in diesem Fall eine interessierte Hochrechnung – könnten nicht in die Innenstadt gelassen werden. Gegenüber den Medien wurde zumindest teilweise berichtet, es befänden sich gewaltbereite Autonome in großer Zahl in dieser Versammlung. Diese hatten sich allerdings nicht zu erkennen gegeben und taten dies auch im weiteren Verlauf nicht. Jedenfalls formierte sich schnell – entgegen allen polizeilichen Drohungen von Durchsuchungen und Festnahmen – eine Spontandemonstration, die, ohne dass auch nur ein einziger Vorfall registriert werden konnte, in Ruhe zur geplanten Schlusskundgebung zum Stadthafen zog.

● **Bürger und Bürgerinnen nehmen sich ihr Recht auf Versammlungsfreiheit:** Die folgenden Blockadetage – Mittwoch und Donnerstag (6./7. Juni 2007) – haben dann gezeigt, mit welcher Disziplin und Konsequenz, mit wie viel Phantasie und unbedingtem Willen dieser Protest sich auszudrücken vermag. In die Demonstrations-verbotszone der Allgemeinverfügung wurde eingedrungen, vor dem Zaun und den Toren jedoch halt gemacht. Es ging nicht um eine Stürmung des Zauns, sondern um einen sichtbaren Protest an Orten, an denen er öffentlich wahrgenommen werden kann. In körperlich anstrengenden Märschen durch Weizenfelder und über Wiesen, sich aufteilend und wieder zusammenfindend wurden die Polizeiabsperrungen umgangen. Gegen diese Gruppen, die nichts als ihren Körper und ihren Willen zur Demonstration einsetzten, wurden mehrfach Wasserwerfer und sogar Gaspatronen eingesetzt. Hunde wurden aufs Feld geführt. Auf den angestrebten Straßen angekommen, konnten die Demonstrierenden sitzend blockieren – immer mal wieder aufgeschreckt vom unkommentiertem martialischem Auftreten der Polizei.

● **Verbote und Einschreiten mit polizeilichen Gewaltmitteln oder Gewährenlassen nach polizeilichem Gutdünken:** Zwei Sitzblockaden konnten Donnerstag bestehen bleiben, ein ungehinderter Zugang war möglich und der weitere Weg oder der Zaun wurde nur von wenigen Polizisten gesichert. So wenig polizeilicher Aufwand ist also notwendig, wenn Demonstrationen möglich sind! Dagegen rüstete die Polizei rund um das westliche Eingangstor martialisch auf. Die Polizei hatte die Straße besetzt, die Demonstrierenden befanden sich auf einer großen Wiese nebenan. Ohne konkrete Aufforderungen oder polizeiliche Ansagen wurden letztlich neun Wasserwerfer gegen die ca. 1.000 Demonstrierenden auf der Wiese eingesetzt. Eine Reihe von Verletzungen wurden so verursacht. Die Ansage nach mehrfachem Wasserwerfereinsatz „Bleiben Sie ruhig, wir verschaffen uns nur ein bisschen Platz" kann nur als zynisch verstanden werden. Flaschenwürfe gegen diesen Einsatz – vor allem von Plastikflaschen – waren wohl auch hier willkommene Anlässe zum videographieren von „Tätern", die dann wiederum eskalierend aus Versammlungen herausgegriffen werden können.

● **Auch die Medienvertreter und -vertreterinnen versuchte die Polizei ihren jeweiligen Interessen gemäß zu behandeln.** Zumindest in entspannten Situationen durften sie sich ungehindert bewegen. In anderen Situationen wurden jedoch Kameraobjektive zugehalten. Als Sonntag, 3. Juni 2007, beim Aktionstag „Globale Landwirtschaft" der „Verdacht" bestand, ein Journalist hätte möglicherweise bei einer kleinen Protestaktion ein Foto gemacht, das die Polizei als Beweis nutzen könnte, sollte dieses sofort der Polizei „überlassen" werden. Erst deutlicher Protest gegen eine solche Beschlagnahme konnte dies verhindern. Donnerstag wurden die MedienvertreterInnen zwischen den ca. 1.000 Demonstrierenden auf der Wiese am Westtor gar aufgefordert, den Bereich zu verlassen. Sie hätten jetzt letztmalig die Gelegenheit, durch die Polizeikette auf die Straße zu gelangen. Anderenfalls gefährdeten sie sich und die Polizeiarbeit! Eine solche unverhohlene Drohung, die an Nötigung grenzt, gegenüber Medienvertretern, die ihrer Aufgabe der Berichterstattung nachgehen wollen, macht deutlich, wie selbstverständlich die Polizei jede öffentliche Kontrolle ihrer Arbeit zu verhindern sucht.

Viele weitere Beobachtungen von Situationen und Entwicklungen werden wir in den nächsten Wochen zusammentragen und aus diesen Mosaiksteinchen das Bild von dieser Woche genauer zeichnen. Vieles wird noch zu recherchieren sein, z.B. zum polizeilichen Einsatz am Samstag und erst recht zum Bundeswehreinsatz im Inneren während dieser Tage. Zu recherchieren wird auch sein, wie es um die Verletzungen tatsächlich bestellt ist, welche Taten den Festgenommenen vorgeworfen werden und wie dies belegt werden kann. Auf der Grundlage all dieser Erkenntnisse werden wir in jedem Fall baldmöglichst einen umfassenderen Bericht erstellen.

Schon jetzt ist festzuhalten, in welchem Maße das polizeiliche Vorgehen auf Eskalation angelegt war und nur aufgrund des deeskalierenden und besonnenen Verhaltens des weitaus größten Teils der Demonstrierenden auf wenig Resonanz stieß.

Die Polizei betreibt – gemeinsam mit BKA und Verfassungsschutz – zunehmend eine eigene Politik, die beängstigend ist, behält man Grundgesetz, die garantierten Grundrechte und die demokratische Verfasstheit im Auge. Sie schafft mit Fehlinformationen und grundrechtlich nicht legitimierbaren Aktionen und Eingriffen eine Lage, in der sie im selbst geschaffenen Ausnahmezustand gemäß ihrer unüberpüfbaren Kriterien agieren kann – z.B. Sitzblockaden hoheitlich zulassen oder Versammlungen mit (Wasserwerfer-)Gewalt und ohne Kommunikation auflösen. Die Kontrolle über die exekutive polizeiliche Gewaltausübung droht in solchen Ausnahmesituationen zu entgleiten. Voraussetzung hierfür sind eine Öffentlichkeitsarbeit, die polizeiliche und geheimdienstliche Erkenntnisse behauptet, ohne sie zu belegen oder die nach den Auseinandersetzungen am Samstag, 2. Juni 2007, von 10 Schwerverletzten berichtet und erst später, auch nach der Bestätigung der Allgemeinverfügung durch das BVerfG, zugibt, dass nach den offiziellen Kriterien nur zwei Beamte schwer verletzt wurden, also stationär behandelt werden mussten. Auch diese konnten nach zwei Tagen das Krankenhaus verlassen. Diese Öffentlichkeitsarbeit schafft - das konnte in vielen Gesprächen mit PolizistInnen beobachtet werden – auch innerhalb der Polizei eine Stimmung, die die Gewaltbereitschaft der einzelnen PolizistInnen heraufsetzt.

Der Fehlinformation der Öffentlichkeit entspricht auf der anderen Seite die Nicht-Kommunikation mit den Demonstrierenden. Sie wurden meist nicht über Forderungen und polizeiliche Maßnahmen informiert, sondern begegneten einer wortlosen Gewaltdemonstration, von der man nie wusste, wann und ob sie eingesetzt wird. Wer dann aber eine Blockade freundlich auffordert, die in der Blockade eingeschlossenen Polizeifahrzeuge durchzulassen (Donnerstag, 7. Juni 2007, auf der Straße vom Westtor nach Steffenshagen) – bleiben Sie ruhig, wir planen jetzt keine Maßnahme gegen Sie –, das Entgegenkommen dann aber nutzt, um sofort hinterher zu räumen und Räumpanzer für die Holzblockaden hin-einzuführen, darf sich nicht wundern, wenn diese Jugend vor allem eines lernt: Wenn diese Polizei dann doch einmal kommuniziert, darf man ihr auf keinen Fall trauen.

gez. Elke Steven
Komitee für Grundrechte und Demokratie, www.grundrechtekomitee.de
info@grundrechtekomitee.de ■
(aus Platzgründen leicht gekürzt)

Deserteursdenkmal: Aufstellung am 30. August

STUTTGART. Seit fast 10 Jahren setzt sich die Initiative Deserteur-Denkmal dafür ein, dass auch in Stuttgart – wie 2005 schon in Ulm – ein solches Denkmal errichtet wird. Die offizielle Aufstellung und Einweihung des Denkmals wird nun am 30. August 2007 am Stuttgarter Theaterhaus stattfinden. Zur Finanzierung der Skulptur des Bildhauers Nikolaus Kernbach aus Aulendorf „PROFILSCHNITT, 1996/2001" läuft seit Sommer 2006 eine Bausteinkampagne.

Das Denkmal soll am Theaterhaus so lange stehen, bis ein städtischer Platz dafür bereit gestellt wird. „An die Opfer der Kriege – Zivilisten und Soldaten – erinnern Dutzende Denkmale. Doch an diejenigen, die sich dem Krieg entzogen haben bzw. sich heute entziehen, wird gewöhnlich im negativen Sinn gedacht – sie gelten meist als ‚Verräter' und ‚Feiglinge'", so Roland Blach, Sprecher der Initiative. 50.000 Deserteure sind von der NS-Militärjustiz verfolgt, mehr als 20.000 Todesurteile sind vollstreckt worden; davon allein 37 am Justizgebäude in der Stuttgarter Urbanstraße. Erst 2002 sind Deserteure durch den Deutschen Bundestag rehabilitiert worden, wofür sich insbesondere der 85-jährige Ludwig Baumann, einer der letzten noch lebenden Wehrmacht-Deserteure intensiv eingesetzt hat.

„ir werden die Diskussion über einen städtischen Standort und die Bausteinkampagne in den kommenden Monaten intensiv fortsetzen", kündigt Blach an. Es liegen schon jetzt Patenschaften von ca. 8.000 Euro vor, darunter von OB Boris Palmer (Tübingen), den Landtagsabgeordneten Christine Rudolf und Brigitte Lösch, Tobias Pflüger aus dem Europaparlament, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Peter Conradi und Klaus-Peter Murawski (Bürgermeister in Stuttgart). [Auch Ulrike Küstler, Stadträtin der LINKEN war eine der ersten Patinnen, d. Red.] Über diese positive Resonanz ist die Initiative sehr erfreut. Es fehlen aber noch 6.500 Euro bzw. 130 Bausteine zu je 50 Euro. Auch heute gibt es Deserteure und totale Kriegsdienstverweigerer in vielen Ländern. Wegen „Fahnenflucht" und „Befehlsverweigerung" werden sie bestraft, zum Teil mit Gefängnis, manche gar mit dem Tod.

Spenden zur Unterstützung des Denkmals sind steuerabzugsfähig PAX AN - Spendenkonto 361349-705 Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) • Stichwort DENKMAL Initiative für ein Deserteursdenkmal

Stuttgarter Friedenspreis geht an Agustín Aguayo

„Ich bin total überrascht und freue mich sehr! Danke, und Grüße an alle AnStifter!" Der 35-jährige US-Soldat Agustín Aguayo, von Oktober 2006 bis April 2007 im US-Militärgefängnis in Mannheim inhaftiert, erhält den Stuttgarter Friedenspreis 2007. Er hatte seit 2004 vergeblich versucht, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Nach einem ersten Einsatz im Irak verweigerte Aguayo einen erneuten Einsatz im Irak, floh aus der Armee, stellte sich aber. 2007 wurde er von einem US-Militärgericht zu acht Monaten Haft verurteilt; im Mai 2007 konnte er zu seiner Familie in die USA zurück. Unterstützt wurde Agustin Aguayo v.a. von Connection e.V., die Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten fordert und Deserteure unterstützt. Allein in den USA gibt es seit Beginn des Irakkrieges mehr als 4000 Deserteure im Jahr. Agustín Aguayo stammt aus Mexiko. Der Rettungssanitäter aus Los Angeles ist Vater von zwei Töchtern.

Mit dem Stuttgarter Friedenspreis werden jedes Jahr Projekte oder Personen ausgezeichnet, die sich mit Zivilcourage und Mut für „Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität" einsetzen. Der mit 5000 Euro dotierte Preis wird vom Bürgerprojekt der AnStifter ausgeschrieben, der Preisträger am 21. Dezember im Rahmen einer Friedensgala in Stuttgart geehrt.

In diesem Jahr standen 32 Vorschläge zur Abstimmung. Stimmberechtigt mit drei Stimmen waren rund 700 Förderer der AnStifter-Projekte. Abgegeben wurden 1233 Stimmen. Agustín Aguayo erhielt mit Abstand die meisten Stimmen (273), gefolgt vom Arbeitskreis Asyl mit 168 und Terre des Femmes mit 159.

Peter Grohmann, Anstifter ■

Deutsche Liegenschaften in Italien gepfändet

Am 10. Juni begehen die Einwohner von Distomo den 63. Jahrestag des Massakers, bei dem deutsche SS-Einheiten im Jahre 1944 218 Menschen ermordeten. Das Massaker wurde bis zum heutigen Tag nicht gesühnt, Entschädigungen wurden nicht gezahlt, obwohl das Landgericht Livadia die Bundesrepublik Deutschland bereits im Jahre 1997 zu Entschädigungszahlungen von etwa 27 Millionen Euro rechtskräftig verurteilte. Die Vollstreckung in Griechenland scheiterte nach Intervention Deutschlands an der fehlenden Zustimmung der griechischen Regierung. Die Kläger betreiben darum die Vollstreckung in Italien.

Der mit der Vollstreckung in Italien beauftragte Rechtsanwalt Joachim Lau (Florenz): „Zur Sicherung der berechtigten Schadensersatzansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 8. Juni 2007 deutsche Liegenschaften nahe Como / Italien durch Eintragung einer Zwangshypothek gepfändet."

Die Bundesregierung war auf Anfrage des AK Distomo Hamburg zu einer Anerkennung der Rechtsansprüche der Opfer und einer Stellungnahme zum Jahrestag nicht bereit.

Rechtsanwalt Martin Klingner, der Argyris Sfountouris vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vertritt: „Jeder weitere Tag der Zahlungsverweigerung ist ein Skandal und eine Verletzung der Menschenrechte der Opfer."

AK-Distomo
Distomo, den 10. Juni 2007 ■

Gegen den Terror des Krieges – Friede den Hütten

Sommerakademie des Friedensratschlags
19. bis 22. Juli 2007 - Oberhof (Thüringen)

Die globalisierte Welt wird immer unfriedlicher, Hunger, Armut, Kriege und Bürgerkriege, Terrorismus, Flucht und Vertreibung nehmen zu. Der Krieg im Irak, begründet mit erfundenen Beweisen und falschen Behauptungen, hat über einer halben Millionen Menschen das Leben gekostet. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Der Krieg gegen Afghanistan eskaliert. In regelmäßigen Abständen ist zu hören, dass neue Soldaten und mehr Kriegsgerät nach Afghanistan geschafft werden sollen. Auch von Seiten der Bundeswehr. Und in den Schubladen in Washington und Berlin liegen offensichtlich schon Pläne für neue Kriege: Sudan, Somalia und vor allem Iran. Gleichzeitig wird bei auftretenden Konflikten immer schneller nach dem Militär gerufen, folglich nehmen die Auslandseinsätze der Bundeswehr deutlich zu.

Gleichzeitig tut die Europäische Union (EU) alles, um beim Kriegführen ganz vorne mit dabei zu sein. Der EU-Verfassungsentwurf setzt auf militärische Gewalt als Mittel der Politik. Die NATO ist zu einem Durchsetzungsinstrument für die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten, allen voran die USA, geworden. „Die Deutschen müssen wieder töten lernen", titelte kürzlich der Spiegel. Vergessen sind die Lehren aus der Zeit, als die Deutschen „noch töten konnten". Die Lehren aus Nationalsozialismus und Shoa „Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg" scheinen nicht mehr zu gelten. Die Politik der militärischen Gewalt aufhalten!

Mit dieser Sommerakademie wollen wir gemeinsam mit anderen interessierten Menschen aus dem In- und Ausland Alternativen zur vorherrschenden Gewaltpolitik aufzeigen, mit WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, Aktiven der Friedensbewegung und anderer sozialer Bewegungen neue Kompetenzen erwerben und Konzepte für die Praxis entwickeln, in Exkursionen zum ehemaligen KZ-Buchenwald und zum Biosphärenreservat Rhön Gemeinsamkeiten mit der antifaschistischen und Ökologie-Bewegung erarbeiten, und in einer schönen Umgebung mit ausreichend Freizeit in einer entspannten Atmosphäre einander kennen lernen und ins Gespräch kommen, miteinander diskutieren und natürlich auch feiern. Suchen wir nach neuen Wegen einer friedenspolitischen Widerstandskultur. *Bundesausschuss Friedensratschlag*

http://www.sommerakademie-frieden.de/

Asylwiderrufe müssen beendet werden

BERLIN. Der 20. Juni ist der internationale „Tag des Flüchtlings". Das Flüchtlingshilfswerk der UN hat bekannt gegeben, dass derzeit 9,9 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind. Durch die Lage im Irak hat sich diese Zahl wieder erhöht. Hinzu kommen schätzungsweise 20-25 Millionen Binnenflüchtlinge.

Die Bundesrepublik und die Europäische Union reagieren auf diese Entwicklungen vollkommen unangemessen. Sie verschlechtern kontinuierlich den Schutz von Flüchtlingen und bleiben hinter den Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention zum Teil weit zurück.

Erst vorige Woche hat die Bundestagsmehrheit das Aufenthaltsrecht geändert. Die Anerkennung als Flüchtling ist für die meisten Schutzsuchenden nun noch schwerer zu erreichen, und Asylbewerber müssen weitere Einschritte in ihre sozialen Rechte hinnehmen.

Besonders inhuman ist jedoch, dass das Bundesamt für Migration weiterhin Asylanerkennungen widerruft. Weil ihnen angeblich nach dem Sturz Saddam Husseins keine Verfolgung mehr droht, haben Tausende von Irakerinnen und Irakern ihren Status als Asylberechtigte verloren und müssen ihre Abschiebung in den Irak fürchten. Angesichts der Tatsache, dass derzeit rund 1,5 Millionen Iraker auf der Flucht sind, gehört eine solche Praxis zu den besonders inhumanen Seiten deutscher Flüchtlingspolitik.

Auf der Sitzung des Innenausschusses des Bundestags am 20.6. wird über einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. für einen Abschiebeschutz für irakische Staatsangehörige und die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen beraten (Bt-Drs 16/5248). Wenn die Koalitionsparteien ihrer humanitären Pflicht nachkommen wollen, müssten sie diesem Antrag zustimmen.

Berlin, den 19. Juni 2007
Ulla Jelpke, MdB ■

Flüchtlinge schützen – nicht bekämpfen

PRO ASYL appelliert zum „Internationalen Tag des Flüchtlings" an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, nicht weiter auf eine "militärische Lösung" an den europäischen Außengrenzen zu setzen.

„Schnelle Eingreiftruppen" der Europäischen Union – mit einsatzbereiten Waffen ausgestattet – sind Ausdruck einer Politik der Verantwortungslosigkeit. Europa macht sich damit mitschuldig am weiteren Tod von Schutzsuchenden und verspielt jegliche Glaubwürdigkeit im Hinblick auf Flüchtlingsschutz und Menschenrechte. PRO ASYL erinnert zum Internationalen Tag des Flüchtlings daran, dass sich die EU auf die „absolute Beachtung des Asylrechts" und auf die uneingeschränkte Anwendung der Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen verpflichtet hat.

Die Politik der Abwehr um jeden Preis verstößt gegen dieses Selbstverständnis und gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Europas. Anstatt Flüchtlinge zu bekämpfen, muss Europa diesen einen gefahrenfreien Zugang und eine menschenwürdige Aufnahme gewähren. Gerade angesichts des Exodus aus dem Irak wäre Solidarität mit den Nachbarstaaten, ein großzügiges Flüchtlingsaufnahmeprogramm (Resettlement) und ein sicherer Status für irakische Schutzsuchende in der EU das Gebot der Stunde.

gez. Karl Kopp Europareferent Pro Asyl ■

PRO ASYL: rechtsstaatswidriges Abschottungswerk

Am 14. Juni wird der Deutsche Bundestag voraussichtlich die Änderung des Zuwanderungsgesetzes verabschieden. PRO ASYL kritisiert das Gesetzespaket als „zum Teil rechtsstaatswidriges Abschottungswerk". Der Deutsche Bundestag beschließt nun in einem Hauruckverfahren ein Gesetz ohne sorgfältige parlamentarische Beratung, dessen Mängel offen zu Tage liegen:

Flüchtlingsfreundliche EU-Regelungen werden sinnentstellend so umgesetzt, dass sie ins Leere laufen. Flüchtlinge, die vor innerstaatlichen bewaffneten Konflikten fliehen (z.B. Irak), haben entgegen dem Willen der EU auch künftig keinen Rechtsanspruch auf den sog. „ergänzenden Schutz".

Die im Gesetz enthaltene Bleiberechtsregelung ist ungenügend. Nur ein geringer Teil der bislang Geduldeten wird darunter fallen. Entgegen den politischen Versprechungen werden die Kettenduldungen nicht beseitigt.

Asylsuchende, die aufgrund der Dublin II-Verordnung in einen anderen EU-Staat abgeschoben werden sollen, erhalten grundsätzlich keinen Eil-Rechtsschutz mehr. Das heißt, dass Rückberstellungen an andere EU-Staaten nicht gerichtlich verhindert werden können –

JETZT AUCH AUF CD-ROM

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

1993 bis 2006

14. aktualisierte Auflage

Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Die Dokumentation umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen. Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen. Mißhandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfaßt auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammellager. Die beschriebenen knapp 5000 Einzelschicksale machen deutlich, daß die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden, gegen Null läuft. Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind heute brutaler denn je.
(www.ari-berlin.org/doku/titel.htm)

Zusätzlich zum **GESAMT-TEXT** der auch in Heftform erscheinenden Chronologie sind auf dieser CD-ROM Einzelthemen herausgegriffen, um das Arbeiten mit dem Inhalt entsprechend der Zielthematik zu erleichtern. Alle Themen liegen in pdf- und rtf-Formaten vor.

THEMEN sind u.a.: Die Grenzen, Abschiebegefängnisse, Selbsttötungen und Selbstverletzungen von Flüchtlingen, Mißhandlungen bei Abschiebungen, Folter nach Abschiebungen, Kurdische Flüchtlinge, Togoische Flüchtlinge, minderjährige Flüchtlinge, Getötete und mißhandelte Flüchtlinge in Flugzeugen und auf Flughäfen oder durch Betreuungs- oder Bewachungspersonal.

Die CD-ROM kostet 15 € plus 1,60 € Porto & Verpackung
Heft 1 (1993 – 1999) 6 € – Heft 2 (2000-2006) 10 € – plus je 1,60 € Porto & Verpackung
Heft1 + Heft 2 zusammen kosten 15 € – plus 3,20 € Porto & Verpackung

erhältlich bei:
Antirassistische Initiative e.V. DokumentationsStelle
Mariannenplatz 2 - Haus Bethanien Südflügel - 10997 Berlin
Fon 030-61740440 - Fax 030-62705905 - eMail: ari-berlin-dok@gmx.de

selbst wenn sie rechtswidrig sind (§§ 34a, 27a, 26a AsylVfGE).

Das Rechtsstaatsprinzip wird verletzt, wenn Asylsuchende künftig allein wegen des Verdachts einer anderweitigen Zuständigkeit in Abschiebungshaft genommen werden. Der österreichische Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Beschluss vom 30. Januar 2007 (Zl. A 2007/0010) eine ähnliche Regelung des österreichischen Fremdenpolizeigesetzes als menschenrechtswidrig bewertet, da sie gegen Art. 5 Abs. 1 lit. f EMRK verstoße.

Eine Verletzung des Rechtsstaatsprinzips liegt darin, dass Abschiebungen künftig nicht mehr angekündigt werden sollen. Etwaige Rechtsmittel können dann nicht mehr eingelegt werden. Außerdem sollen Ausländerbehörden mit einem vorläufigen Festnahmerecht ausgestattet werden, ohne dass sie hierfür eine richterliche Anordnung einholen müssen. Hierin liegt eine Verletzung des Richtervorbehalts gem. Art. 104 II GG.

PRO ASYL wird die betroffenen Flüchtlinge in ihren Verfahren bis hin zum Europäischen Gerichtshof unterstützen.

gez. Günter Burkhardt
Geschäftsführer Pro Asyl ■

Asylfolgeantrag für Christen aus dem Irak

Das Bundesamt in Nürnberg hat seine Entscheidungspraxis gegenüber Christen aus dem Zentralirak und dem Südirak anscheinend geändert. Das Amt nimmt jetzt eine Gruppenverfolgung gemäß § 60 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz durch nichtstaatliche Akteure an, wenn die Zugehörigkeit zu einer christlichen Glaubensgemeinschaft nachgewiesen werden kann.

Geprüft wird offenbar weiterhin, ob der Nordirak eine inländische Fluchtalternative darstellen kann bzw. ob eine freiwillige Rückreise in den Nordirak möglich ist. Dies kann angenommen werden, wenn dort Angehörige leben, die zur Aufnahme und Unterstützung von Rückkehrern in der Lage sind. Umgekehrt wird es regelmäßig nicht der Fall sein, wenn dort keine Verwandten bekannt sind.

Die vorgenannten Kriterien sind für einen Asylfolgeantrag oder für ein Asylklageverfahren wichtig. Anscheinend will das Bundesamt auch in bereits laufenden Gerichtsverfahren diese Praxis anwenden und positive Entscheidungen widerspruchslos anerkennen. Damit dürfte die neue Entscheidungspraxis des Bundesamtes ebenfalls positive Auswirkungen auf die gerichtliche Entscheidungspraxis haben.

Wenn Abschiebungsschutz nach § 60 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz nicht in Frage kommt, scheint das Bundesamt zumindest bereit zu sein, eine Anerkennung nach § 60 Absatz 7 Aufenthaltsgesetz zu erwägen. Hierzu gibt es positive Erkenntnisse bereits hinsichtlich alleinstehender Frauen.

Quelle: Deutscher Caritasverband e.V. ■

Bundesweite Demo in Gedenken an Oury Jalloh

DESSAU. Am 23. Juni demonstrierten ca. 1000 Menschen in Dessau, um an Oury Jalloh zu erinnern der am 7. Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Polizeizelle verbrannte. Die offizielle These: Selbstmord.

Hier Auszüge aus dem Aufruf zur Demonstration:

Am 27. März 2007, wurde ein Gerichtsverfahren gegen zwei Polizeibeamte, die möglicherweise für den Tod Oury Jallohs verantwortlich sind, in Dessau begonnen. Sie sind jeweils angeklagt wegen Körperverletzung mit Todesfolge und fahrlässiger Tötung. Bei der Anklage der Staatsanwaltschaft – die einzige Instanz, die in Deutschland in so einem Fall klagen darf – spielt weder Rassismus noch irgendein anderer möglicher Hintergrund der Tat eine Rolle. Die Anklage geht ausschließlich von einer These aus: Selbstmord. Ein gebrochenes Nasenbein und ein verletztes Mittelohr, Verletzungen, die bei der zweiten, von der Nebenklage finanzierten Obduktion entdeckt worden waren, gelten dabei nicht als Teil der gerichtlichen Beweislage.

Der bisherige Verlauf des Prozesses ist nicht mehr als die Bestätigung unseres tiefsten Misstrauens. Über zwei Jahre verurteilten wir ständig die Vertuschung und Verschleppung der Wahrheit in der Öffentlichkeit. Wie zu erwarten war, ähneln sich die Aussagen der vorgeladenen Polizisten auffallend: Alle können sich perfekt erinnern - außer an das was den Tod Oury Jallohs betrifft.

Das Thema Rassismus ist genauso abwesend wie die Wahrheit in den Worten der Angeklagten und der als Zeugen vorgeladenen Polizisten. Nur zwei Mal ist Rassismus als Thema überhaupt in den bisher zehn Verhandlungstagen angesprochen worden: Einmal, als ein Afrikaner aus dem Gerichtssaal rausgeworfen wurde, weil er –als der rassistische Dialog zwischen Arzt und angeklagtem Andreas Schubert vorgelesen wurde– „Was haben wir Euch jemals getan, das Ihr uns so behandelt!" schrie, und ein zweites Mal als ein Aktivist der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh" auf die Anklagebank gesetzt wurde, weil er angeblich einen anwesenden NPD-Kader beleidigt hatte.

Zu alldem kommt noch ein Skandal in den Medien: Hans-Christoph Glombitza, leitender Polizeidirektor Dessaus, sagte bei einem Treffen mit drei Staatsschützern über die Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten, „man muss doch nicht alles sehen". Ergänzend erklärte er, dass Regierungsprogramme wie die Aktion „Hingucken!" sowieso nur für die Galerien seien. Volker Bittermann, leitender Staatsanwalt Dessaus, hat seinerseits die Ermittlungen diesbezüglich schon eingestellt.

Ihrerseits sieht die Dessauer Polizei den Prozess als Gelegenheit, Aktivisten der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh" zu kriminalisieren und zu verfolgen. Etwa hundert Polizisten mit Hunden bewaffnet schützen das Gerichtsgebäude innen und außen. Nicht nur die Prozessbeobachter sind schweren Sicherheitsvorkehrungen ausgesetzt, auch Aktivisten der Initiative werden durch gezielten Personalienkontrollen versucht einzuschüchtern.

Die Arroganz und das fehlende menschliche Verständnis – vor allem gegenüber Menschen nicht-europäischer Herkunft – innerhalb der Polizei und in der Gesellschaft im Allgemeinen ist das, was es erlaubt, dass Menschen wie Oury Jalloh, solche grauenhaften Tode sterben müssen.

Mehr Infos: http://thecaravan.org ■

Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR

War die DDR antisemitisch? War allein der kommunistische Widerstand Thema im Schulunterricht? Hat die DDR-Schule vierzig Jahre lang den Holocaust verschwiegen? Viele Fragen und unterschiedliche Antworten, denn vieles ist mittlerweile vergessen und ein schräges DDR-Bild fast schon gewohnter Alltag.

Erst kürzlich hat sich die Wochenzeitung „Freitag" ausführlich damit beschäftigt, ob und wie die DDR antisemitisch war. Antisemitismus, Antizionismus und antiimperialistische Kritik an der Politik Israels wurden dabei voneinander unterschieden. Wie nötig das ist, zeigt die aktuelle Diskussion, in der immer wieder jegliche Kritik an der Politik Israels schnell als antisemitisch abgetan wird.

Mathias Kraus hat sich nun mit den Wurzeln dieser Diskussion in der DDR beschäftigt – speziell mit der Auseinandersetzung um Faschismus und Holocaust im Schulunterricht der DDR. Tatsächlich hat sich die DDR-Schule mit dem Judentum so wenig beschäftigt wie mit dem Christentum und dem Islam. Auch wird man den Begriff Holocaust in den Schulbüchern, Lehrbüchern und Unterrichtsmaterialien der DDR nicht finden. Statt dessen ist vom Völkermord die Rede, den es tatsächlich nicht nur an jüdischen Menschen fast aller europäischen Völker gab, sondern auch an den Polen, Weißrussen, Ukrainern und den Völkern Jugoslawiens.

Wurde wegen dieses anders verwendeten Begriffes das Thema Judenverfolgung im DDR-Unterricht negiert? Keineswegs, denn allein über dreißig Texte setzten sich in den Schulbüchern von der sechsten bis zwölften Klasse mit den Themen Faschismus, Widerstand, Judenverfolgung, KZ und Völkermord auseinander. Zweifellos fielen dabei Behinderte, Sinti und Roma und auch Homosexuelle als Opfergruppe unter den Tisch. Aber die kritische Auseinandersetzung mit dieser Einseitigkeit der Opferbetrachtung hat in vielen Teilen Europas ihre eigene schwierige und langwierige Geschichte. Auch die Profilierung des kommunistischen Widerstandes in der DDR gegenüber vielfältigen anderen Widerstandsformen findet in der Überhebung des militärischen Widerstandes und dem zeitweiligen Verschweigen jeglichen Widerstandes sein durch den kalten Krieg geprägtes westdeutsches Pendent.

Den westdeutschen Leser wird überraschen, dass allein 85 Texte jüdischer Autoren im Anhang ausgewählt werden, die zum Lehrstoff des Literaturunterrichtes der DDR zählten und von denen er in seinem eigenen Schulunterricht vielleicht kaum etwas gehört hat. Ausführlich wird in diesen Texten auch auf das Thema Judenverfolgung eingegangen. Ein Fazit des Autors: Wenn Defizite vorhanden waren – den für die Deutschstunde ausgewählten Werken jedenfalls können sie nicht angerechnet werden. Bezeichnend ist auch die Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung im faschistischen Deutschland außerhalb des Unterrichts. Der Roman von Peter Edel „Die Bilder des Zeugen Schattmann" etwa und dessen vierteilige Verfilmung des DDR-Fernsehens aus dem Jahre 1973 zeigt detailliert den Rassismus, das perfide System der Judenverfolgung und deren Leben in Angst und Schrecken, die Kollaboration der deutschen Nachbarn aber auch die erfahrene Solidarität auf. Der Hauptdarsteller Gunter Schoß war beim Thema Völkermord in seiner eigenen Familie auf eisernes Schweigen gestoßen. Kein Wunder, denn seiner Vater war aktiver SS-Offizier. Die Auseinandersetzung mit dem faschistischen Völkermord hatte ihm erst die Schule ermöglicht und damit die Grundlage gelegt für sein eigenes antifaschistisches Wirken in Funk und Fernsehen.

Das Buch von Mathias Krauß wendet sich einerseits an die ostdeutschen Leser, erinnert sie an jene interessanten Themen zur Auseinandersetzung mit Krieg, Völkermord und Faschismus, denen kaum ein Schüler unter dem Diktat des Einheitslehrplanes entgehen konnte. Es zeigt dem Leser aber auch mögliche Interpretationen des Lesestoffes auf, die in der DDR unter den Tisch fielen oder nur selten aufgegriffen wurden. Dabei wird der einstige Schulstoff um Informationen ergänzt, die im Unterricht keine Rolle spielten, obwohl sie zur Einordnung und das Verständnis des jeweiligen Werkes wichtig gewesen wären. Das Buch wendet sich auch an den westdeutschen Leser, dessen Bild vom Schulunterricht der DDR aus nachvollziehbaren Gründen sicher deutlich anders ausfällt und der hier mit einer literarischen Welt konfrontiert wird, von deren Existenz er möglicherweise bislang nichts geahnt hat.

Axel Holz ■

Mathias Krauß: Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR, Anderbeck-Verlag 2007, 14,80 Euro, ISBN 978-3-937751-39-9

Trittbrettfahrer der sozialen Frage

Broschüre zur Sozialdemagogie von Neonazis

Soziale Themen spielten für Neonazis lange Zeit keine Rolle. Rechtsextreme Parteien haben sich neoliberale Programme gegeben oder zeigten sich unternehmerfreundlich. Inzwischen haben sie ihre Strategie geändert und versuchen sich mehr und mehr als Vertreter des kleinen Mannes zu inszenieren.

Dabei drängen Neonazis sogar in Veranstaltungen und Demonstrationen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, um sie für ihre antidemokratischen und rassistischen Ziele zu missbrauchen.

Welche politischen Ziele dabei verfolgt werden, zeigt die Broschüre „Trittbrettfahrer der sozialen Frage: Sozialdemagogie von NPD und Neonazis", die der DGB Bundesvorstand, Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik herausgegeben hat. Sie macht deutlich, dass die extreme Rechte zwar soziale Missstände, Zukunfts- und Existenzängste in der Gesellschaft aufgreifen, diese jedoch auf ihre altbekannten rassistischen und nationalistischen Mühlen lenken.

Die Broschüre diskutiert nicht nur die rechten Vorstellungen in Bezug auf Gewerkschaft, Sozialpolitik für die Volksgemeinschaft und Globalisierungskritik sondern zeigt auch in einem historischen Abschnitt Wirtschaft im „Dritten Reich" auf.

Ein großer Serviceteil gibt Anregungen, wie Gewerkschaften und andere gegen Rechts aktiv werden können. Im Betrieb und in der Gesellschaft, in der Bildungsarbeit und überall dort, wo es darum geht, sich Neonazis in den Weg zu stellen.

48 Seiten A4, Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Sozialpolitik u. Migrations- und Antirassismuspolitik, Postfach 11 03 73, 10833 Berlin, Download: http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abiszdb/

abisz_search?kwd=Rassismus&showsingle=1
oder unter:
www.gelbehand.de/trittbrettfahrer

Das kurze Leben der Zofia Malczyk

Im März 2007 wurde in Schweinfurt ein Gedenkstein eingeweiht, der daran erin-

nert, dass am 21. März 1945, wenige Tage vor dem Ende des II. Weltkrieges eine polnische Zwangsarbeiterin von Nazi-Polizisten ohne Urteil hinterrücks erschossen wurde. Die ermordete Zofia Malczyk war im siebten Monat schwanger.

Mit diesem NS-Verbrechen und der juristischen Aufarbeitung des Falles beschäftigt sich auch eine Broschüre, die jetzt erschienen ist. Neben der ausführlich dargestellten Geschichte der Zofia Malczyk sind ergänzende Materialien zur Lage polnischer Zwangsarbeiter und zu den Nutznießern der Zwangsarbeit in der Region Schweinfurt aufgenommen. Eine ansprechend gestaltete Broschüre, die ein Stück Regionalgeschichte aufarbeitet und damit – auch wenn die Tat bereits über 60 Jahre zurückliegt – eine Facette hinzufügt zum Wissen über die NS-Zeit, die vielleicht mehr bewegt als manches Sachbuch.

Herausgeber ist die „Initiative gegen das Vergessen – Zwangsarbeit in Schweinfurt", Verlag Rudolph & Enke, Ebertshausen, ISBN 978-3-931909-09-3

Antifaschismus in Europa

Ende Mai erschien die Dokumentation der gemeinsamen Konferenz der FIR und der GUE/NGL – Fraktion im Europäischen Parlament „60 + 1 Jahr Antifaschismus in Europa". Unter den Überschriften „Die politische Gefahr der extremen Rechten", „die politische Arbeit der antifaschistischen Verbände", „Umgang mit Geschichte und Gedenkstätten" und „Herausforderungen und Perspektiven des antifaschistischen Kampfes heute" sind auf 136 Seiten alle eingereichten Beiträge der Konferenz in deutscher Sprache abgedruckt.

Auch einige Monate nach der Konferenz sind diese Texte immer noch von großer Aktualität, da sich die politischen Probleme, zu denen sie Stellung nehmen, nicht grundlegend verändert haben. Dabei sind die Texte eindrucksvolle Zeichen der politischen Vielfalt der Arbeit der Mitgliedsverbände der FIR in Ost-, Mittel- und Westeuropa.

Die Dokumentation ist im Pahl – Rugenstein - Verlag, Bonn erschienen. Der Ladenpreis beträgt 12,00 Euro. Mitglieder der FIR können den Band über die FIR für 10,00 Euro (zuzüglich Porto) erhalten. Bestellungen sind per Fax bzw. Brief an das Büro der FIR in Berlin (Franz-Mehring-Platz 1, D – 10243 Berlin, Fax ++49-(0)30 - 29784179) zu richten oder per E-Mail an dr.u.schneider@arcor.de

Eine zweisprachige Ausgabe in englischer und französischer Sprache ist für den Herbst in Vorbereitung.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) – Association Antifasciste ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg-Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:aus der faschistischen Presse

Rechte Sorgen wegen Linkspartei

Junge Freiheit, Nr. 25/2007, 15. Juni

Junge Freiheit-Autor Michael Paulwitz sorgt sich über die politische Entwicklung der Bundesrepublik: „Auf dem Weg in die linke Republik" wird da prophezeit und vermutet, dass die Linkspartei und die SPD über kurz oder lang zusammenarbeiten werden. Paulwitz vergleicht das mit den „Dachlatten" des inzwischen verstorbenen hessischen Ministerpräsidenten Börner, die der gegenüber den Grünen schwang, um anschließend mit ihnen zu koalieren. Dabei sei der Name „Die Linke" schon genial.

Was ist aber mit der Rechten? Das Blatt beklagt, dass die CDU eine Stabilisierung der Rechten nicht machen würde: „In dieses Abseits hat die Union sich seit den achtziger Jahren selbst manövriert, indem sie sich kurzfristig und ohne Rücksicht auf spätere Koalitionsoptionen lästige Stimmenkonkurrenz auf der Rechten im Schulterschluss mit der Linken per ‚Faschismuskeule' vom Hals schaffte. Der Preis dafür war die Aufgabe des Antitotalirarismus, der linken und rechten Extremisten gleichermaßen galt, und die Übernahme der ‚antifaschistischen' Ideologie, mit der die delegitimierte Staatspartei SED als ‚PDS' ihren Hals gerettet hat ... Der zum ‚Antifaschismus' übergelaufenen CDU fehlt allerdings zur offensiven Entzauberung der ‚Linken' Mut und Glaubwürdigkeit. Statt dessen wird sie sich wohl oder übel dem Linksruck anschließen, um überhaupt noch mitspielen zu dürfen. Der Vormarsch der ‚Linken' und das Versagen der Union könnte aus Deutschland eine ganz andere Republik machen."

Dieses Bedrohungsszenarium von „Links" ist zwar total übertrieben. Die Redaktion der JF sieht aber zu Recht ein Problem. Wahlforscher gehen davon aus, dass sich in Zukunft öfter Dreier-Koalitionen bilden werden. Da ist Rot-Rot-Grün eine Option. Im sogenannten rechten Lager gibt es aber nur zwei Parteien: CDU und FDP. Der Chefredakteur Dieter Stein macht sich über die Rechte Sorgen und schreibt in der darauffolgenden Ausgabe Nr. 26/2007: „Und rechts? Wo ist „Die Rechte"? CDU/CSU? Sie ist eine Partei der Mitte. Sagt die Union. Und rechts daneben? Was ist mit der anderen Hälfte des „demokratischen Spektrums"? Wie, das gibt es nicht? Rechts neben der Union gähnt ein Abgrund, aus dem uns V-Leute des Verfassungsschutzes entgegenwinken, lesen Sie in der Zeitung? Skandalös, meinen Sie? Nein, das ist der ganz normale Wahnsinn in Deutschland. *weiter Seite 16*

Dank der politischen Kultur und einer medialen Schweigespirale, erscheint es derzeit undenkbar, dass das breit differenzierte linke Parteienspektrum ein Äquivalent erhält. Dies wäre im Sinne einer intakten und lebendigen Demokratie begrüßenswert und ein erfrischendes Gegenmittel zur Politikverdrossenheit. Nur: Die politische Impotenz ist „rechts" zu einem Gutteil hausgemacht. Inkompetenz, Versagen, Sektierertum sind hier Quelle der politischen Abstinenz." *jöd* ■

Ex-Nazis: Opportunisten oder ehrlich Überzeugte?

Nation & Europa Mai 2007

Ein interessantes und grafisch gelungenes Titelbild lässt nicht unbedingt auf einen ebensolchen Inhalt schließen – auch wenn natürlich genau dieser Eindruck bei den Leser(inne)n erweckt werden soll. Einen typischen Fall solch publizistischer Rosstäuscherei stellt die Maiausgabe von „Nation & Europa" dar: Bonnie und Clyde, beide mit einem Revolver im Anschlag, im Hintergrund eine amerikanische Kleinstadtstraße aus den dreißiger Jahren zieren den Umschlag. Allerdings kommen einem die Gesichter des US-amerikanischen Verbrecherpärchens merkwürdig bekannt vor. Kein Wunder, handelt es sich doch um die von US-Präsident Bush und Bundeskanzlerin Merkel, die, ein seltenes Bild, die Betrachter sogar anlächelt. Titel des Politstillebens: „Wie Bonnie und Clyde: Gesetzlos durch die Welt". Dass der Vergleich hinkt, die historischen Vorbilder raubten Banken aus während es absolut unvorstellbar ist, dass die beiden Politgrößen über finanzielle Umverteilungen zu Lasten des Eigentums von Geldinstituten auch nur nachdächten, gerät dabei in Vergessenheit.

Ein hübsches Titelbild also – dahinter folgt allerdings fast nur geistige Ödnis. Mehr oder minder lustlos werden die obligatorischen Themen abgehandelt: Schlamperei und Verschwendung bei der EU, rechter Antiamerikanismus, Kritik der Globalisierung, Antisemitismus, Rassismus. Dabei lernt man zwar neue rassistische Perfiditäten kennen, wie die Bezeichnung „Wirtsvölker" für die meist weißen Bewohner des reichen Nordens im Verhältnis zu Migranten (Wirtsvölker werden in der Biologie Organismen genannt, von denen Parasiten leben), aber kaum neue Gedanken.

Anlass zu einem gewissen Amusement, soweit es bei der Lektüre von N&E überhaupt möglich ist sich zu amüsieren, gibt ein Beitrag von *Klaus Hansen*, der sich unter dem Titel „Warum sich die CDU immer wieder blamiert: Das Oetinger-Syndrom" mit dem Phänomen des politischen Opportunismus beschäftigt. Die Abneigung gegen diese Charaktereigenschaft lässt Hansen interessante Wahrheiten verkünden:

„Als Hitler im Januar 1933 mit dem Kanzleramt betraut wurde, hatte die bis dahin oppositionelle NSDAP rund 850 000 Mitglieder. Bis Mitte Mai 1945 verzehnfachte sich diese Zahl auf insgesamt 8,5 Millionen. Es wären sicherlich noch mehr gewesen, wenn sich die Partei nicht mit einer jahrelangen Aufnahmesperre gegen bloße Mitläufer und Karrieristen zu wehren versucht hätte. Austritte gab es kaum. Die meisten Nationalsozialisten verloren ihre Mitgliedschaft zwangsläufig, als die Alliierten im Oktober 1945 die Partei auflösten und verboten.... Möglicherweise hätte sich eine nicht aufgelöste NSDAP nach 1946 ähnlich (wie die SED - tri) entwickelt. Durch das alliierte Verbot aber waren ihre Mitglieder gezwungen, sich entweder auf die anderen Parteien zu verteilen oder gänzlich des politischen Engagements zu entsagen. Unter jenen Bedingungen konnten sich die Unterschiede zwischen Mitläufern und Überzeugten nicht herauskristallisieren, blieb unbeantwortet, wer die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nach ihrer Entmachtung freiwillig verlassen oder in ihren Reihen weitergemacht hätte. Hans Filbinger, 1937 der NSDAP beigetreten, wechselte jedenfalls zur CDU. Ob dies aus tiefinnerer Überzeugung oder aus Karriere-Erwägungen geschah, läßt sich nicht klären; dazu müßte man in den Köpfen lesen können.

Fest steht, daß es weder bei der CDU noch bei der NSDAP einen Beitrittszwang gab. Das belegen, ganz nüchtern und sachlich, die Mitgliederzahlen. Nach dem Zusammenbruch politischer Systeme behaupten deren Nutznießer aus Selbstschutzgründen zwar gern, sie seien zum Parteieintritt gezwungen oder sogar ohne ihr Wissen aufgenommen worden. Aber im Dritten Reich waren 90 % der Deutschen keine NSDAP-Mitglieder. Wer der Partei beitrat, war entweder überzeugter Nationalsozialist oder versprach sich von der Mitgliedschaft persönliche Vorteile. Die genauen Beweggründe blieben das Geheimnis derer, die sich per Aufnahmeantrag verpflichteten, ‚als treuer Gefolgsmann des Führers die Partei mit allen meinen Kräften zu fördern'". Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Anton Vergeiner berichtet unter der Überschrift „Vorbild Leonidas" begeistert über „ein Kino-Epos über die Spartaner", das Hollywood-Machwerk „300". Dieser Film wird so beschrieben: „...zahllose Einstellungen, in denen aus nächster Nähe und in Zeitlupe Körperglieder abgetrennt werden, sattrotes Blut spritzt,...". Kein Film also für die Lerser(innen)gemeinde von „Nation & Europa", wäre da nicht der absolut Nazi-kompatible Inhalt und die SS-Ästhetik: „"...während er die Spartaner mit allen Attributen des Schönen und Ebenmäßigen ausstattet, zeichnet er die ‚Bösen', Xerxes' Perser, nachgerade als Auswurf der Unterwelt. In ihren Reihen tummeln sich nicht nur Ninjakämpfer mit silbernen Gesichtsmasken und dinosaurierhafte Kampfnashörner (!), sondern auch Heerscharen von Verschnittenen, Mutanten und Mißgestalteten. Xerxes selber mutet an wie aus der New Yorker Schwulenszene live dazugeschaltet.... dafür liefert ‚300' eine Botschaft, die im deutschen Kino lange nicht mehr zu hören war. Leonidas' Spartaner reden zwar nicht allzu viel – die berühmte ‚lakonische Kürze' – doch wenn, dann beschwören sie ohne übertriebene Reflektion Werte wie Pflicht, Ruhm und Vaterlandsliebe. Sie verteidigen ihre Heimat und mit ihr eine Ordnung, die auf ‚Vernunft und Recht' beruht, wie es einmal heißt – während die zu Millionen herandrängenden Perser nichts als pure Masse, Dekadenz, Grausamkeit und den amorphen Kosmopolitismus eines weltumspannenden Riesenreiches aufzubieten haben. Ihre Einpeitscher und Führer läßt Snyder interessanterweise durchweg von Farbigen spielen". Wie schön, dass der so gelobte Streifen kaum noch irgendwo läuft.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507